

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungdrolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Mittersdorf, Weikstein, Nieder-Hermisdorf, Blstahl.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeile- und Besammlungsbearbeitungen 4 Goldpfennige. — **Reklamepreis:** Die Millimeterzeile 4-spaltig über deren Raum im Text 30 Goldpfennige

Mittwoch, 9. Juli 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligen Erscheinen monatlich 2.—, vierteljährlich 6.—, halbjährlich 11.—, jährlich 21.—. Einmalig durch Straßenhändler u. Klischee 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Teubitzer Straße 50. — Postkontokonto Breslau Nr. 31059. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Die Mordfloate der deutschen Justiz.

Der Fall Haarmann — Der Parlamentsüberfall eine Blamage — Severing löst auf — Fortdauer der Arbeiterkämpfe.

Liste der Morddokumente.

Im Reichstag beschlagnahmt — peinlich geprüft — nach drei Tagen zurückgegeben.

Man machte einen großen Polizeiberfall, man beschlagnahmte „Morddokumente“, die bürgerliche Presse und ihr sozialdemokratisches Anhängel ist täglich gefüllt mit den kommunistischen Morddaten — die man lotziger beweisen werde. Inzwischen hat man einige „Morddokumente“ zurückgegeben. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Vogt, hatte mit fleberhaftem Bemühen drei Tage lang Punkt für Punkt, Buchstab für Buchstab, Zettel für Zettel, hochnotpeinlich geprüft. Die Brillen seiner intelligenten Vintertons und Sherlock-Holmes-Agenten hatten gefunktelt über den undurchdringlichen Geheimnissen, so in diesen Morddokumenten enthalten. Am dritten Tag diese undurchdringlich geheimnisvollen Papiere, verriegelt mit dem großen Wäler des Reiches, der kommunistischen Reichstagsfraktion zurückgegeben. Folgendes ist die Liste der undurchdringlich geheimnisvollen Morddokumente:

Beim Genossen, Abgeordneten Kemmle waren beschlagnahmt:

zwölf ganz und gar unbeschriebene Reichstagspostkarten, 27 vollkommen leere Reichstagsbriefbogen, und ferner 16 Reichstagsdrucksachen mit Titeln wie: „Das Fernlabel“, Reichsverband der Zigarettenfabriken“, usw. usw.

Beim Genossen, Abgeordneten Koenen war beschlagnahmt:

ein weißer Zettel, auf dem 5 Büchertitel verzeichnet waren.

Beim Genossen Wendelin Thomas war beschlagnahmt:

eine Gastkarte zum Reichstagsrestaurant, Nr. 1781 (Preis 50 Pf.), eine Invalidenversicherungskarte, drei Bände handschriftlicher Kriegserinnerungen, eine argentinische Broschüre „Kullia Proletaria“, ferner eine Mappe mit satyrischen Artikeln.

Beim Genossen, Abgeordneten Roscher war beschlagnahmt:

eine von Chemnitzer Post- und Telegraphenbeamten eingelebte Protestresolution gegen die neueste „Gehaltsaufbesserung“.

Bei Genossin Klara Zetkin war beschlagnahmt:

ein Brief des Arbeiterabstinenzbundes, ein Brief der Ortsgruppe Bunzlau der Invaliden-, Alters- und Unfallrentner, eine Druckschrift eines Geheimen Regierungsrates über Angelegenheiten der Auslandsdeutschen, eine Nummer der von der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich herausgegebenen Monatschrift. Ferner 7 Nummern der italienischen Zeitschrift „Communismo“ vom Jahre 1922.

Beim Genossen, Abgeordneten Schubert waren beschlagnahmt:

5 Briefe und Notizzettel auf denen einiges über öffentliche Verammlungen, Gehaltsfragen, Telefonadressen verzeichnet war.

Dies also ist die Liste der unergründlich geheimnisvollen Morddokumente.

Die Räume der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktionen wurden untersucht mit Genehmigung der Sozialdemokraten Leinert und Dittmann und sollten schon lang gesuchte Material über die angeblichen kommunistischen Mord zu Vorschein bringen. Der Reichsanwalt hätte gern die Räume der kommunistischen Landtagsfraktion als Mordzentrale entpuppt. Das Geheul der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse war ohrenbetäubend. „Die Tische im Reichstag“, „Wann wird die KPD verboten?“, „Angesichts des Resultats der Hausdurchsuchung sind alle Stimmen verstummt. Anstatt Munition und wichtiges Mordmaterial fand man oben genau aufgegebene Bagoellen. Um die kommunistische Partei mit aller Gewalt zu unterdrücken, bricht die deutsche Demokratie mit allen ihren Prinzipien in einer Weise, die dem Reiche des Maffio alle Ehre machen würde.“

Die „Germania“ dreht Leinert.

Das christlich-fromme Blatt schreibt in einem Mordbericht gegen die Kommunisten, daß, wenn das Resultat der Hausdurchsuchung im Landtag auch nicht von Bedeutung sei, so war doch das Vorgehen des Präsidenten Leinert durchaus richtig. Dies ist nicht das erste Mal, daß Reaktionsäre sich bei Sozialdemokraten bedanken müssen.

Die Aussperrung in den Eisenhütten.

Die 13 000 ausgesperrten Metallarbeiter Niederschlesiens stehen fest und beharren auf ihren Forderungen. Bis jetzt ist es auch den Unternehmern nicht gelungen, trotz aller Mittel, wie Inzerate, Streikbrecher zu bekommen usw. Die Arbeiter richten sich auf eine längere Aussperrung ein. Sie erhielten durch die Gewerkschaften die Unterstützung für Aussperrte.

Der Gewerkschaftsbonze Timm vom DMB trat in Koyenau sehr stark für die Aussperrten ein. Wir fordern die ausgesperrten Arbeiter auf, ein wachsaues Auge auf seine Taten zu haben, damit es ihm diesmal nicht gelingt, durch Sabotage und Ausschalten die niederschlesischen Eisenhüttenarbeiter um den vollen Sieg zu prellen.

Betriebe, in denen die Arbeiter ausgesperrt sind, und von denen Bezug fernzuhalten ist, sind:

- Wilhelmshütte N.-G. Enkau
- Herzogliches Eisen- und Eisenerwerk A.-G., Brimlenau
- Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Koyenau
- Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Wallmüh
- Eisenhütten- u. Eisenerwerk W. von Arnst, Neuhof
- Eisenhütten- und Eisenerwerk Paulinenhütte, Arnst
- Sermannshütte, Gremsdorf
- Stiebrschhütte U.-G. Greulich
- Fürstlich zu Solmsches Eisenhüttenwerk, Lorenzdorf
- Eisenhüttenwerk Oltzenhütte, Rittschteden.

Der Dillinger Kampf geht weiter.

Der Kampf der Arbeiter der Dillinger Hütte geht mit unverminderter Heftigkeit weiter. Gestern stieg die Polizei mit blauer Waffe gegen eine Verammlang der Streikenden vor. Selbst Ansammlungen auf der Straße wurden mit Waffengewalt auseinandergetrieben. Durch die verächtliche Propaganda der Chemischen liehen sich 200 Arbeiter betören und fragten bei der Direktion an, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Heute morgen erschienen jedoch die Streikenden vor den Toren und verhinderten das Ankommen mit den Streikposten die Streikbrecher an der Aufnahme der Arbeit. Eine Gewerkschaftsversammlung, besucht von 5000 Streikenden, beschloß die Weiterführung des Kampfes. Die ultimative Forderung wurde an die Polizei gestellt, die inhaftierten Mitglieder der Streikleitung freizulassen. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Kampf weiter verschärft, da die Polizei sich äußerst provozierend verhält.

Ein 22-jähriger Eulmörder als Polizeispigel.

Seit längerer Zeit schon fand man in der Leine menschlische Leberreste. Kinder fanden beim Baden einen Sack mit Menschenköpfen und Knochen.

Erst jetzt wurde ein Händler namens Hamann verhaftet. Dieser Hamann war der Polizei kein Unbekannter. Hamann ist 45 Jahre, besuchte in seiner Jugend eine Unteroffizierschule, war homosexuell und wurde nach seiner Entlassung

als Spigel im Dienste der Polizei verwendet. Die Polizei kamte den Lebenslauf des Hamann wuchte, daß er ein Verbrecher ist und doch stellte sie ihn ein. Während der Polizeitätigkeit und später hat dieser Hamann

16 junge Männer verführt, gezwungen, gewendet, das Messer, das die Angabe verkauft.

All dies geschah in dichter Umgebung der Polizei

und zum Teil als deren Angestellter. Die Polizei stellte sogar fest, daß H. als Spigel mit Erfolg gearbeitet habe.

Noch ist die ganze Angelegenheit nicht geklärt, aber dreierlei kann man mit Bestimmtheit erkennen:

erstens: daß in der Stadt der Sozialdemokraten Noke und Leinert sich unter den Augen ihrer Organe eine furchtbare Menschenschlächtere vollzogen hat, ohne daß sie eingeschritten sind.

zweitens: daß der Mörder ein Angestellter der Polizei

war und

drittens: daß die Polizei verschiedene Mordfälle und nichts unternahm.

Das sind Severings Stützen der Republik.

Parlamente mit KPD-Mehrheit werden aufgelöst.

Die Stadtverordnetenversammlung in Koyenau bei Halle wurde in ihrer kommunistischen Arbeit durch die bürgerlichen Vertreter sabotiert und, als die Sabotage nichts nützte, legte die Majorität ihrer Mandate nieder. Daraufhin löste Herr Severing die Stadtverordnetenversammlung auf.

Eine nette Illustration dafür, wie man mit dem Stimmzettel in der Hand friedlich, lieblich die Macht im Staate erlangen kann.

Massenmörder Haarmann — der Kronzeuge gegen die KPD.

Seit Monaten betreibt die Reichsregierung und die sozialdemokratische Presse, die Preussische Regierung, die Bayerische Regierung, die Polizei- und die Spiehbürgerpresse einen erbitterten Kampf gegen die kommunistische Partei unter der Beschuldigung, daß die kommunistische Partei Morde verübt und weitere Morde beabsichtigt habe. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat einen Aktenschloß von 80 Bänden zusammengestellt, aus denen der Beweis für diese Mordtätigkeit der kommunistischen Partei erbracht werden sollte. Flüßblätter, Briefe, Verammlungsanweisungen, Aufträge für Rundgebungen usw. wurden beschlagnahmt, um diese Bände zu füllen. Es hat nichts geholfen. Ein Nachweis war nicht zu erbringen. In ihrer Verzweiflung versahen die Richter des Staatsgerichtshofes auf den Ausweg, den beiden Präsidenten des Reichstags und des Landtags anzumahen, daß diese bringen benötigten Beweiskstücke sich in den Schränken der kommunistischen Abgeordneten befinden. Unter Bruch der Immunität — zum ersten Male in der Geschichte des Parlamentarismus — genehmigten die beiden Präsidenten das Erbrechen der Schränke und die Beschlagnahme der Materialien. Und der Erfolg? Es ist wieder nichts gefunden. Und man wird nichts finden.

Woher stammen überhaupt die Vermutungen der Regierung und der Polizei, daß die kommunistische Partei Mordattentate begangen habe oder begehen wolle?

Es ist nicht das erste Mal, daß einer Oppositionspartei, um sie in den Augen ihrer Anhänger herabzusetzen, von der Regierung Mordattentate angehängt werden. Die Attentate auf Wilhelm I. wurden der Sozialdemokratie angehängt, obwohl kein Sozialdemokrat an den Attentaten beteiligt war. Dennoch aber erließ Bismarck das Sozialistengesetz und verbot die sozialdemokratische Partei. Auch in den Jahren 1919—1923 hat man mehrfach versucht, dem Spartakusbund und der kommunistischen Partei Mordtaten anzuhängen. Abgeordnete wurden ihrer Immunität beraubt, Hochverrats- und Mordprozesse eingeleitet — und der Erfolg? Nichts! Alles war Schwindel. Aber immer hatte dieser Schwindel eine Zeitlang dazu gedient, die kommunistische Partei in den Augen Leichtgläubiger zu diskreditieren.

Dieser Zweck soll auch jetzt erreicht werden. Das Sachverständigengutachten, das eine unerhörte Belastung des deutschen Proletariats durch indirekte Steuern, Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau und Arbeitsverlängerung bringt, stößt einzig auf den entschiedenen Widerstand der kommunistischen Partei. Dieser Widerstand soll geschwächt, das Vertrauen zur kommunistischen Partei von 3 1/2 Millionen Wählern bei der letzten Reichstagswahl beunruhigt, soll untergraben werden. Daher die erneute Mordheke.

Was wird behauptet?

Die kommunistische Partei soll in Württemberg Attentate auf den Minister Holz und den General von Seidl geplant haben. Es ist erwiesen, daß diese Attentate das Produkt von Leuten waren, die von der Polizei ausdrücklich zur Inszenierung solcher Attentate in die Reihen der kommunistischen Partei hineinzuschmuggeln versucht wurden.

Vor allem aber sollen Attentate auf Koste in Hannover geplant sein. Die kommunistische Partei konnte sofort feststellen, daß auch diese angeblichen Attentate in Wirklichkeit auf die Angaben von Spiegeln zurückzuführen sind, die von der hannoverschen Polizei unter der Oberleitung Koses selber zwecks Erfindung solcher Mordattentate in die kommunistische Partei einzuschmuggeln versucht wurden.

Was sind diese Spigel für Leute?

Aus Hannover kommt die grauenhafte Meldung, daß ein Händler namens Haarmann verhaftet ist, der gewohnheitsmäßig junge Männer im Alter von 16 bis zu 25 Jahren an sich lockte, sich an ihnen homosexuell verging, sie dann ermordete, nach den bisherigen Meldungen auch ihr Fleisch in den Handel brachte und selbst aß und die Knochen und Schädel dann in die Leine werfen. Bis heute morgen hat Haarmann den Mord an 15 jungen Männern eingestanden. Ursprünglich gab er nur 7 Morde zu, weil nur von 7 Personen Leichenteile und Kleidungsstücke bei ihm gefunden wurden. Fast Stunde um Stunde aber fand man mehr Leichenteile und Kleidungsstücke, und nach jedem Fund gab Haarmann weitere Morde zu. Die Erregung der hannoverschen Bevölkerung ist ungeheuer. Die Erregung ist um so größer, als Haarmann bereits einmal, weil man Gegenstände Ermordeter bei ihm gefunden hatte, unter Mordverdacht stand, aber von der Polizei nicht verhaftet wurde.

Haarmann war Angehelliger im Dienste der Polizei und als Spießel von der Polizei gegen die kommunistische Partei beschuldigt.

Auf die Aussage solcher Verbrecher bin beichtigt man die kommunistische Partei begangener oder geplanter Verbrechen. Auf die Aussagen solcher Verbrecher bin hebt man die Immunität kommunistischer Abgeordneter auf, genehmigen die Präsidien des Reichstags und des Landtags das Erbrechen der Abgeordnetenämter, schämen sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen nicht, die kommunistische Partei als Mörderpartei zu bezeichnen!

Der Massenmörder Haarmann als Kronzeuge für die Mordhete gegen die kommunistische Partei — so lehrte diese Republik bereits verkommen!

Der „Hannoversche Kurier“, das Organ der hannoverschen Schwerindustrie, freut sich, daß Haarmann bei seiner Evidenzfähigkeit für die Polizei wenigstens „einen Erfolg“ gehabt hat! In die Schwerindustrie, die jetzt in Deutschland regiert, schämt sich also nicht, trotz Kenntnis seiner ungeheuerlichen Mordtaten Haarmanns Verdienste um die Bekämpfung der gefährlichen kommunistischen Partei auch noch lobend anzuerkennen!

So sehen die Zeugen aus für die Mordhete gegen die kommunistische Partei! Auf „Erfolgen“ solcher Leute baut sich das Befehlsmaterial der Regierung auf! Nie war eine Schande, eine Schmach größer als diese!

Die kommunistische Partei hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Ziele der Befreiung der Arbeiterklasse nach den Lehren von Marx nur durch die Diktatur des Proletariats, nur durch den Bürgerkrieg zu erreichen sind; sie hat aber immer den Einzelterror, den Einzelmord aufs schärfste bekämpft und als Kampfmittel abgewiesen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern! Seht an diesem Falle, ein wie großes Interesse die Schwerindustrie und ihre Regierung mit Hilfe der Polizei und Sozialdemokratie daran hat, die kommunistische Partei in Euren Augen herabzusetzen. Sie wissen warum. Sie wollen Euch Eurer einzigen Stärke berauben im Kampfe gegen das Sachverwandtengutachten, gegen Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau, Massenelend und Massenverweifung.

Aber nun erit recht alleamt zur kommunistischen Partei! Nieder mit der infamen Mordhete der Spießel-Regierung und der Haarmann-Polizei! Nieder mit allen Feinden des Proletariats! Es lebe der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse! Es lebe die Revolution!

Berlin, den 5. Juli 1924.
Kommunistische Partei Deutschlands.

Eine Untersuchungskommission für 400 Morde. Der Löffeläger Kuttner als Berichterstatter.

Der preussische Landtag hat einen besonderen Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Angaben Gumbels über „Vier Tausend Morde“ eingesetzt. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses wurde der Zentrumsmann Gabel, selbst ein Kollaborateur zum Vorsitzenden, der Sozialdemokrat Kuttner als Generalberichterstatter ernannt. Kuttner hat selbst in den Januarjahren 1919 einen Arbeiter Eichhorn als angeblichen Spatzialisten erschossen. Diese Tat hat ihm offenbar das Vertrauen des Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Akten über die zahllosen sozialrevolutionären Mordtaten eingebracht. Nur die SPD. stimmte gegen die Ernennung Kuttners. Das Staatsministerium legte sofort dagegen Verwahrung ein, daß alle von Gumbel bzw. in der preussischen Denkschrift des Justizministeriums erwähnten Mordtaten nachgeprüft werden sollen. Man will — und das ist die Mehrzahl der Fälle — alle Verfahren, die vor Kriegsgerichten gespielt haben, von der Nachprüfung ausnehmen.

Das Justizministerium und Landtagsauschuss lehnten auch den kommunistischen Antrag ab, einen Staatsanwalt hinzuzuziehen, der sofort auf Grund des Beweismaterials die Befolgung der Mörder annehmen solle.

Ebenso wurde die Hinzuziehung Gumbels zu den Untersuchungsverhandlungen abgewiesen. Die nächste Sitzung des Ausschusses soll erst am 4. September stattfinden. Als bisherige Beschuldigte bemerken, daß der Ausschuss in seiner Mehrheit nicht aufzubrechen, sondern verhandeln will.

Unter dem neuen hiesigen Reichstaatspräsidenten wird die Aufklärung über die Morde und ihre Täter genau so verhandelt werden wie früherzeit unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Gobe. Erst das Revolutionstribunal der Arbeiterklasse wird die Mörder richten.

Die deutschen Statisten dürfen nicht nach London.

Die deutsche Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie sind behörden gehorcht, nachdem die Entente 1914-24 ihnen das Annerkennungsmittel eingeschlagen hat. Sie waren schon heimlich, als sie gerächtete hätten, sie sollten zur Londoner Konferenz zugelassen werden, zwar ohne Stimmrecht, selbst ohne beratende Stimme, nur mit dem „Recht“ den Sachverständigen der Sachverständigen zu unterbreiten. Aber selbst dieses beherrschende Vergnügen will ihnen der „linke“ Herrist verweigern. Man protestiert in Frankreich gegen die Zulassung Deutschlands zur Konferenz. Es wird Herr Marx wohl über aber auf seine Rechte verzichten müssen.

Herrist der Gefangene der Pointariken.

Der Pointarisch befiehlt eine weiße Hege zum Entzug Herrists. Nichts will es Herrist nützen, daß er in allen einschlägigen Fragen sich dem Willen der Rechten unterwerft, daß er die Räumung des Ruhrgebietes ablehnt, das Recht auf Entschädigung sich verschätzt, auf die Regierungen Anspruch erhebt. Das der Hege ist es zweifelhaft, ob es zu keinem Entzug kommen wird. Wahrscheinlicher ist, daß er sich noch mehr den Wünschen der Rechten beugen wird. Unter diesen Umständen ist es heute schon offensichtlich, daß die Londoner Konferenz, am 16. Juli die 15. Konferenz seit dem Versailles Vertrag, die die Reparationsfrage lösen soll, sie genau so wenig lösen werden, wie alle ihre Vorgängerinnen. Zwar beugt sich Herrist der Pointar, zwar beugt sich MacDonald vor Herrist, zwar kenne sie die Entschädigung Deutschlands, England und Frankreich vor der Entschädigung, unterbreiten nur in Form von einander, als ihre Repräsentanten sich in ihren Interessen von einander unterbreiten, aber trotz aller Beugungen bleiben die unüberwindlichen Gegensätze bestehen, verschärfen sich weiter und werden, wenn vorher nicht das Proletariat die Macht ergreift, zu einem neuen größeren Weltkrieg führen.

Ein bulgarisch-serbischer Grenzkonflikt, an dem sich einige Hundert Tausend beteiligten, wird in der Nähe von ...

Der kommunistische Arbeitszeitgesetzentwurf.

§ 1. Stetter, Radel und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Das Gesetz regelt die Arbeitszeit für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Beamten, die Hausangestellten, das Kranenpersonal, die Gastwirtschaftsangeestellten, ferner für alle Beschäftigten der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe und Behörden sowie der öffentlichen Körperschaften und für die gesamten Befragungen der Schiffe in der Groß-, Küsten- und Binnenschifffahrt, sowie in der Fischerei.

§ 2. Der Maximalarbeitstag beträgt für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ausgenommen die unter den §§ 3 und 4 angeführten Personen, täglich acht Stunden einschließlich der Pausen, die mindestens eine halbe Stunde betragen müssen. An den Tagen vor den Sonn- und Festtagen beträgt die Arbeitszeit höchstens sechs Stunden.

In den Tarifverträgen darf eine längere Arbeitszeit nicht festgesetzt werden. Die Leistung einer freiwilligen längeren Arbeitszeit ist verboten.

Die Leistung von Ueberstunden bei außerordentlicher Notarbeit ist nur mit Zustimmung des Betriebsrats zulässig, jedoch darf die gesamte wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 46 Stunden betragen.

§ 3. Für die Arbeiter der Industrie- und Gewerbebranche, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten und die in außerordentlichem Maße der Einwirkung von Hitze, Staub oder der Sprengstoffgefahr ausgesetzt sind, wie die Bergarbeiter unter Tag, die Arbeiter der Chemischen Industrie, Ofenleute, Glasbläser usw. beträgt die Höchstarbeitszeit 6 Stunden täglich.

Wie weit die Bestimmungen des § 3 in der Festlegung der Arbeitszeit Anwendung finden, entscheidet der Betriebsrat.

§ 4. Für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten bis zum 18. Lebensjahre beträgt die Arbeitszeit unter Einrechnung der Pflichtschulzeit und aller Vorbereitungs- und Aufzuchtungsarbeiten sechs Stunden täglich. Besondere Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche.

§ 5. Die Nachtarbeit und Ueberstunden sind für die Arbeiterinnen und Jugendlichen verboten. Die Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends liegen. Die Arbeitszeit wird bei den Jugendlichen durch eine Gesamtpause von 1 1/2 Stunden unterbrochen.

Für Erwerbszweige mit besonderer Eigenart und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wo es öffentlichen Interessen fordern, kann die achtstündige Arbeitszeit für alle über achtzehn Jahre alten Beschäftigten auch über die in Abs. 1 Satz 2 dieses Paragraphen festgesetzte Tageszeit hinaus verlegt werden. Die Entscheidung hierüber treffen die Betriebsräte.

Arbeiterinnen und Jugendliche dürfen nicht in gesundheitsgefährdenden Betrieben (die unter § 3 fallen) beschäftigt werden.

Wie das Reich für keine Opfer sorgt.

Der französische Ministerpräsident hat den Ruhrangewiesenen gestattet, wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Seit 1 1/2 Jahren irren zehntausende Ausgewiesene in Deutschland umher, ohne daß die Regierung für Unterkunft und Arbeit sorgt. Jetzt wird ihnen durch die französische Regierung die Erlaubnis zu Rückkehr in ihre Heimat und Beruf gegeben.

Aber die Opfer des Ruhrkrieges müssen weiter leiden. Sie können nicht zurück, denn das Reich ist nicht imstande, Wohnungen für die Zurückkehrenden zu beschaffen. Während der Ruhrbesetzung sind ungezählte Villen von Ruhrbilliggebern der Steuerzahler und Proleten gebaut worden. Kapitalisten hausen in 10- und 20-Zimmerwohnungen. Bars, Dienen, Schlammlokale sind wie Pilze im Sommer während des Ruhrkriegs aufgetaucht.

Für die Ausgewiesenen sind keine Wohnungen da. Franzosen requirieren, wenn sie Platz für ihre Pferde brauchen. Die deutsche Regierung wagt sich nicht einmal an die deutsche Schienenbahn in den Villen und Palästen heran. Ja noch schlimmer: Ein Zentrumsabgeordneter bringt im Reichstag den Antrag ein, die Ausgewiesenen in Schulen unterzubringen und ein Regierungsvertreter erklärte: „Herr Hösch hat in vieler Frage noch nicht mit Herrn Herrist verhandelt.“ Die Regierung will lieber noch einige von den wenigen Schulen, die die Franzosen noch nicht besetzt haben, schließen, als dort Raum heranzunehmen, wo weiche sind. Arbeiterkinder können verdummen, verkommen, wenn in der Republik nur Kapitalisten in Palästen und Villen hausen können.

Die Ruhrangewiesenen aber kennen jetzt den Dank des Vaterlandes.

Kommunistische Demonstration gegen Herrist.

Zusammenkünfte mit der Polizei.

Herrist Herrist hatte sich Sonntag in Begleitung des Innenministers nach seiner Vaterstadt Langes begeben. Am Bahnhof empfingen ihn die französischen Kommunisten mit roten Fahnen und Plakaten und dem Ruf „Herrist!“ und „Richtet mit den Steuern.“ Die Polizei ging gegenwärtig gegenwärtig vor. Es kam zu starken Zusammenstößen. Erst nach und nach konnte die Polizei die französischen Kommunisten in die Schutzhaft abführen. Herrist hielt dann eine plötzliche Rede, in der er erklärte, er werde kein einziges Leben für die Republik und die demokratischen Ideen kämpfen. Der Eisenbahnenminister hat heute die ...

§ 6. Arbeiterinnen, weibliche Angestellte und Beamte müssen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft von der Arbeit befreit sein. Darüber hinaus beträgt für Mütter, bis zu einem Jahre nach der Niederkunft, die Arbeitszeit täglich sechs Stunden. Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal je eine halbstündige Stillpause bei Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren.

Die Unternehmer sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsaussetzung den vollen Arbeitsverdienst zu bezahlen.

Entlassungen von Arbeiterinnen dürfen während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Entbindung (Stillzeit) nicht erfolgen.

§ 7. Jegliche Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren ist verboten.

Urlaub.

§ 8. Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie den Jugendlichen ist ein vierwöchentlicher Urlaub im Jahr unter Fortzahlung des vollen Arbeitsverdienstes zu gewähren.

Aufsicht.

§ 9. Die Betriebsräte haben innerhalb des Betriebes für die strikte Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes Sorge zu tragen.

Für die Wahrnehmung des Jugend- und Arbeiterinnen-schutzes hat der Betriebsratsvertreter die Arbeiterinnen und Jugendlichen heranzuziehen.

Strafbestimmungen.

§ 10. Jede Uebertretung vorstehender Bestimmungen wird mit Gefängnis, nicht unter sechs Monaten, sowie mit Geldstrafe, nicht unter eintaufend Mark bestraft.

Die Gefängnisstrafe kann nicht in Geldstrafe umgewandelt werden.

Schlussbestimmungen.

§ 11. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Alle Bestimmungen der Tarifverträge, die dem Gesetz entgegenstehen, treten sofort außer Kraft. Des weiteren treten außer Kraft die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 124), die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Arbeitszeit vom 17. April 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 416), die Verordnung über die Arbeitszeit in Kranenpflegearbeiten vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 66), sowie die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918, 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919, ferner die Dienstauvorschriften für Eisenbahner vom 5. August 1922, 29. Dezember 1923 (über die Regelung der Dienstdauer der Beamten), 14. Januar 1924.

Berlin, den 27. Juni 1924.

Stetter, Radel, Esser (Hamburg), Florin, Grube, Henn, Höllein, Jadaich, Jendrosch, Kengler, Frau Krüger (Halle), Menet (Franken), Müller (Kaiserslautern), Nagel, Obendief, Schäß, Stoeder, Ströbel, Sychalla, Vierath.

Kawo und Engler zum Tode verurteilt.

Die beiden nationalistischen Mörder des belgischen Leutnant Graff, Kawo und Engler wurden vom Schwurgericht Stettin zum Tode verurteilt. Schwirral wurde freigesprochen. Da es sich nicht um Kommunisten handelt, wie Levine und tausend andere, werden diese Nationalisten-Propagandisten wohl begnadigt werden. Das Urteil ist ein Kolan von Belgien und paßt in die Unterwerfung unter das Sachverwandtengutachten.

Das erste Arbeiterdenkmal in Deutschland.

In Hindenburg wird am 4. August, am Tage des Kriegsausbruchs, das erste deutsche Arbeiterdenkmal eingeweiht. Es soll dem Andenken aller proletarischen Kämpfer gewidmet sein, die ihr Leben für den Aufstieg ihrer Klasse gelassen haben. Zum ersten Male haben es Arbeiter fertig gebracht, ihren Helden ein Denkmal setzen zu können. Sie werden den Tag der Einweihung zu einer wichtigen Kundgebung für die Revolution gefahren.

Für eine proletarische Justiz!

Nur die Kommunisten haben im preussischen Landtage Anträge im Interesse der Bestraften und Gefangenen gestellt. Neben großen Anträgen über Erlass einer Amnestie und menschenwürdige Umgestaltung des Strafvollzuges fordert die kommunistische Fraktion:

1. Amnestie für Verurteilte auf Grund der Paragraphen 218/219 (Abtreibung).
2. Alljährliche Berichterstattung über die preussischen Strafanstalten.
3. Bereitstellung einer Domäne zum Zwecke der Strafvollzugsreform.
4. Wahl der Berufsrichter, Geschworenen und Schöffen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Regelung des Asylrechts für politische Flüchtlinge.
6. Entschädigung der Auslieferung durch Geschworene aus den Reihen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern.

Außerdem hat die kommunistische Fraktion 6 Anträge gestellt über Erhöhung der Ausgaben für Verpflegung der Gefangenen, Erhöhung der Entschädigungssummen für unschuldig Inhaftierte, Streichung der Summen für Strafanstaltspater und ähnliches.

Der Abba Scheidemann, des bisherigen Oberbürgermeisters von Kassel, wurde von der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordneten einstimmig durchgewählt. Der Dank der ...

DER JUNGPROLET

BEILAGE ZUR 'SCHLESISCHEN ARBEITER-ZEITUNG'

Die Weltrevolution.

Sie kommt! Sie kommt und wird einst frohlich stehen, Wenn Staat um Staat zerfällt und morsch zusammenbricht.

Nach ihnen, die ihr Wesen hassen, aber nicht verstehen, Wird wie ein Quell das Innere aufgemacht.

So wollen wir, ob man uns gleich verachtet, Wie Bestien verlästert und betrachtet, Mit freier Stimme durch die Lage gehen.

Ob wir uns kühnheit, ob man uns vergittert - Wie sind gelassen, keiner zittert: Weil wir schon jetzt im Licht der Zukunft stehen.

Max Barthel.

Nicht mehr im Zeichen des Kreuzes, des Duldens und des Erbarmens, nein im Zeichen einer neuen Zeit unter dem roten Sowjetstern werden wir siegen!

Seil-Sowjet!

S. Br.

Sonnenwendfeier des freigewerkschaftlichen Jugendartells.

Der Genosse A. Thomas vom freigewerkschaftlichen Jugendartell sendet uns den Bericht über die Sonnenwendfeier des freigewerkschaftlichen organisierten Jungkommunisten...

Wenn wir als freigewerkschaftlich organisierte Jugend eine Sonnenwendfeier veranstalten, so geschieht das weder aus romantischem Hang zur altheidnischen Götterwelt, ebenso wenig aus Rücksicht auf den christlichen Johannistag...

Note Pfingsten in Wüstegiersdorf.

Es war Pfingsten, das liebliche Fest der Bourgeoisie. Die kommunistische Jugend hatte sich erfreut, die alljährlichen Jugendtage einzuberufen...

Andererseits aber wirkt es natürlich, erhebend aufs Gemüt, wenn völlige Jünglinge meist im blühenden Mannesalter von 12 bis 14 Jahren in den Straßen der Großstädte...

Nachdem am Abend vorher schon die Begrüßung stattgefunden hatte, fand am 1. Feiertag, abends, die angelegte große revolutionäre Feier statt. Der große Saal der Sonne war voll besetzt.

Am nächsten Tage fanden die Wettkämpfe mit gutem Erfolg statt. Zu Mittag war Abschiedsfeier. Dann trennten sich die verschiedenen Gruppen...

Das Ergebnis der Zusammenkunft aber zeigt, daß die weit umspannende kommunistische Bewegung ständig wächst und auf dem zwar schweren, aber besten Wege ist, ihre Ideale zu verwirklichen.

Die kommunistische Jugend Laubans vor den Schranken des Görlitzer Klassengerichts.

Kommunistische Jugendgenossen veranstalteten am 1. Juni nach dem Verbot einen Ausflug nach Geißsdorf. Der Sammelpunkt war eine Sandgrube an der Grenze Laubans.

Am 28. Juni sollte nun das Urteil gefällt werden, wozu alle Genossen nach Görlitz marschieren mußten. Als Zeuge trat der Polizeinspektor von Lauban auf.

Der Staatsanwalt beantragte für den Genossen Reßler 30 Mark und für die anderen 20 Mark Geldstrafe. Genosse Reßler geißelte in seiner Verteidigung scharf die Klassenurteile...

Genosse Reßler 20 Goldmark und die anderen 8 Genossen und Genossinnen je 10 Goldmark.

Jungproleten! Arbeiterkern! Hier leht ihr wieder, wie man gegen die R. vorgeht. 6 Tage sah die R. Landesbut im Ritzen! 6 Tage ein großer Teil der R. Waldenburgs!

Einmal kommt der Tag, wo wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein.

Welche Betriebszelle der R.

wird zuerst den Bericht ihrer Arbeit an den 'Jungproleten' einbringen? Welche Betriebszelle wird bewiesen, daß sie marschiert an der Spitze?

Werdet Mitarbeiter des Jungproleten.

Genossen! Ein fürsorgliches Kapitel unserer Jugendbewegung bildet die überaus mangelhafte Berichterstattung an den 'Jungproleten'.

Rüffet zum Jungarbeiterkongreß!

Am 27. Juli findet der erste Jungarbeiterkongreß in Breslau statt, zu dem sämtliche Betriebe, Fabriken und Werkstätten Breslaus und seiner Umgebung ihre besten Jungarbeiter als Delegierte senden werden.

Rampf den konfessionellen Jugendverbänden.

Bei der großen Unterschätzung der konfessionellen Jugendverbände durch die kommunistische Jugend, weisen wir unsere Genossen besonders auf den Artikel hin, den uns ein junger Arbeiter einbringt.

Jugendgenossen! Soll das etwa heißen: kämpft gegen die jungen Arbeiter, die in den christlichen Organisationen mittertägig hineingeseht worden sind...

Nein! Das soll heißen: Kampf denjenigen, die jungen Menschen mit ihrem Scheinbrillen- und Mordertum zu entfremden, zu nichtselbstbestimmenden Sklaven erziehen wollen.

Ob kommen wir mit solchen Jugendlichen zusammen. Wadelt sie ein zu unseren Wanderschaften, damit sie uns 'Seiden' kennen lernen.

Zeitig ihnen das heutige Kleid und sagt ihnen, daß uns kein Gott, kein Kaiser noch Tribunal rettet, wir können es nur selber tun.

Ob da nicht viele, die heute noch im christlichen Lager stehen, mit uns gehen werden? Es liegt nur an uns, denn sie kennen unsere Ziele ja noch gar nicht.

Das Sachverständigengutachten.

Seine verheerenden Folgen für die unteren und mittleren Beamten.

Von Robert.

Am 9. April 1924 hat das Dawes-Komitee der Reparationskommission sein Gutachten überreicht, in welchem Mittel und Wege vorgeschlagen werden, den deutschen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die „Stabilität“ der deutschen Währung auf die Dauer zu gewährleisten. Der amerikanische General sucht als Anwalt des internationalen Kapitals gleich eingangs seines Berichtes dem deutschen Volke bange zu machen, indem er droht: „Die Zurückweisung dieser Vorschläge würde die deutsche Regierung würde die abschließliche Maß einer Fortdauer der wirtschaftlichen Zerrüttung bedeuten, die dahinführen würde, ihr Volk in hoffnungsloses Elend zu stürzen.“ Mit dieser Argumentation geht auch der deutsche sozialdemokratisch-bürgerliche Erfüllungsbund hausieren, um die Weltfremden Deutschlands gefügig zu machen. Um so notwendiger ist es, daß sich Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbürger und Kleinbauern vollständig klar darüber werden, ob das im Falle der Ablehnung prophezeite „hoffnungslose Elend“ für sie nicht erst recht eintritt, wenn das Sachverständigengutachten verwirklicht wird.

Besonders die unteren und mittleren Beamten haben allen Grund dazu, denn sie werden noch mehr unter den Verhältnissen der internationalen Sklavenhalter zu leiden haben als die übrigen Schaffenden. Sie sollen als Konsument und Steuerzahler im Namen des Gottes Mammon bluten bis zur Erschöpfung, sie sollen durch eine weitere unerhörte Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen dem kapitalistischen Moloch ihren Tribut entrichten, für sie bedeutet die Verwirklichung des teuflischen Vernichtungsplans der Sachverständigen der internationalen Sklaven ihre völlige Entrechtung, den endgültigen Verlust der Existenzgarantie für sich und ihre Angehörigen und damit wird ihnen ein Sklavenjoch auferlegt, dem gegenüber die Rache im wilhelminischen Völkergeld ein Kinderpiel war. Trotz dieser ungeheuren Gefahren tragen sie einen Fatalismus zur Schau, der an Selbstmord grenzt. Ist ihre politische Entmannung tatsächlich schon so weit fortgeschritten? Es wird höchste Zeit, daß sie aus ihrer Lethargie erwachen, sonst ist es um sie geschehen. Um sie aufzurütteln, sollen die schrecklichen Folgen, welche die Vordträge der Ententeverteten zeitigen müssen, kurz aufgezählt werden.

1. Die „Neue Bank“.

Die Reichsbank mit ihrer bodenlos leichfertigen Kreditpolitik, durch die immer wieder den Junkern und Schlotbaronen Rielennummen in den geringen Händen geworfen werden, bietet absolut keine Gewähr für eine Stabilisierung der deutschen Mark. Auch die Rentenbank, die — nebenbei gesagt — keine Kursänderung in dieser Hinsicht bringen konnte, weil die geldhungrigen Industrie- und Agrarkapitalisten ihre Teilhaber sind, konnte nur für eine kurze Frist das „labile Gleichgewicht“ aufrechterhalten. Gegenwärtig dürfte der Moment eintreten, wo die in Form heutiger Preissteigerung verbüllte Inflation der Rentenbank offen zutage treten muß. Nun haben die Sachverständigen des Weltimperialismus mit der „Neuen Bank“ den Stein der Weisen gefunden. Eine Aktiengesellschaft in und ausländischer Kapitalisten mit einem Stammkapital von 400 Millionen Goldmark, das zu 100 Millionen durch Eingabe des leigen Goldes der Reichsbank an die internationale Großbourgeoisie und zu 300 Millionen durch die selbst aufgedruckt werden soll, wird auf die Dauer von 50 Jahren zur alleinigen Ausgabe von Banknoten privilegiert, während dem Reich unterlagt wird, fernerhin Papiergeld irgendwelcher Art in den Verkehr zu bringen. Es kam hier nicht unsere Aufgabe sein, die technische Einrichtung der „Neuen Bank“ zu behandeln, wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, auf die Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft und Politik durch die „Neue Bank“ hinzuweisen. Sie ist — nach den Vordträgen des Dawes-Komitees — die Rolle des Aufbewahrers und Steuereinnehmers der Reichsregierung. Aus der Sprache der Syndikale des internationalen Kapitals ins Proletendental überfetzt heißt das nichts anderes, als daß die Sanitätsdienstleistungen eine lückenlose Kontrolle der Reichsfinanzen durchführt und damit die Finanzhoheit des Reiches, die bis dato seit den Tagen des Ausnahmestandes und des Ermächtigungsgesetzes de facto bereits in den Händen der deutschen Bourgeoisie lag, in aller Form übernimmt. Nicht der deutsche Präsident und der deutsche Verwaltungsrat, die ja auch nur willfährige Kreaturen des mit dem ausländischen verschmolzenen deutschen Großkapitals sein können werden diese Finanzsicht ausüben, denn sie sind lediglich Staffage und ausführende Organe; alle Macht liegt vielmehr konzentriert in der Person des „Entente-Kommissars“, der im Auftrage der schwarzwertigen und weißlichen Herrschgötze mit Aussagen darüber wachen wird, daß die Reichsfinanzen so verwaltet werden, daß die Profiteure seiner Auftraggeber vollkommetriert werden. Er hat Generalvollmacht, alle jene Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des internationalen Geldes notwendig erscheinen. Damit stellt Deutschland zur Entente-tolonie herab, Reichsregierung und Reichstag, diese sogenannten demokratischen Schwalben des deutschen Kapitals, werden die gefügigen Werkzeuge des Herrn „Kommissars“ sein, um so mehr, als das Reich auf die kurzfristigen, begrenzten Kredite der „Neuen Bank“ (höchstens 100 Millionen Goldmark auf längstens 3 Monate) angewiesen ist, die ihm nicht gewährt werden, wenn es die Anordnungen des Kommissars nicht befolgt. Und wie werden diese Anordnungen aussehen? Es werden die in der Stimmenszahl längst geübten Methoden sein: Personalabbau, zweifelhafte Arbeitsverlängerung, in deren Geolge verminderte Arbeitsleistung auch in der Papierindustrie, Lohn- und Schallsenkung, Urlaubskürzung usw. Vor allen Dingen aber wird, nachdem sich das Reich finanziell auf eigene Füße stellen muß, die Steuerpolitik eine hervorragende Rolle spielen.

2. Steuern und kein Ende.

Es ist eine Binsenweisheit, daß sich die Beamten in Deutschland im letzten Jahrzehnt effektiv nur jeder Steuerzahlung befreit haben, und daß in Form des Lohnabzugs, der indirekten Steuern und der Zölle die gesamten Kosten des verlorenen Weltkrieges aus den unteren und mittleren Volksschichten herausgepresst wurden. Auch das Sachverständigengutachten — und das ist anders gar nicht denkbar — ändert nichts an diesem Zustand. Beweist doch Dawes in seinem Bericht ausdrücklich, daß den Sachverständigen die „indirekten Steuern“ unbedingt niedrig erscheinen und entsprechend hohen „Einkünfte“ soll dem in Zukunft die indirekte Steuerdrücke noch fester angezogen werden. An zwei Stellen wird dabei der Hebel angelegt, bei der Erhebung und beim Staatshaushalt!

Bekanntlich wird seit der Kriegszeit auf alle Bruttoeinnahmen der Einkommen eine sogenannte Verzehrfsteuer erhoben

Der Weltkongreß der Komintern.

Nächster Sitzungstag.

(Telegraphischer Sonderbericht der Inpretoren.)

Vorsitzung der Diskussion zum Bericht des Genossen Sinowjew über die Tätigkeit und Zukunft der Exekutive.

Moskau, 25. Juni 1924.

Wooloop (Holland)

führt aus, daß eine gewisse Stagnation und eine Stabilisierungsperiode bevorstehe. Das Festhalten, sei kein Opportunismus, da es keinesfalls den Verzicht auf die Revolution bedeute. In Deutschland und auf dem Balkan stehen riesige Krisen bevor. Die Parteien müssen also kampfbereit sein. Das Hauptproblem sei England und die Kolonialfrage. Diesen Fragen müsse die Exekutive mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Bildung eines linken Flügels in der Amsterdamer Internationale signalisiere einen wichtigen Prozess in der englischen Arbeiterklasse. Der Redner berichtigte Zitate aus seiner Rede und versuchte, sich gegen die Anklage rechter Abweichungen zu verteidigen.

Höglund (Schweden)

behauplet, er habe weder den norwegischen Opportunisten Ugan noch die Tranmael-Gruppe verteidigt. Er sei bloß gegen die Spaltung gewesen, obwohl er jetzt anerkennt, daß Tranmael sich immer mehr von der Komintern entferne. Der Redner meint, der Konflikt zwischen der schwedischen Partei und der Exekutive sei gegenwärtig liquidiert. In der schwedischen Partei bestehen keine prinzipiellen und taktischen, sondern nur organisatorische und persönliche Differenzen. Die Mehrheit kämpfe gegen Disziplinbrüche der Minderheit. Der Redner nimmt Stellung gegen die Verschiebung des Parteitages der schwedischen Partei, da die Wahlbewegung bevorstehe. Die Minderheit müsse Disziplin halten. Die Anklage wegen Opportunismus sei leicht ertragbar, da viele gute Bolschewiki damit beschuldigt werden. Es sei immer über opportunistische Gefahren zu sprechen.

Kuusinen (Finnland)

bezeichnet als die Hauptaufgabe, daß die westlichen Parteien aus der russischen Erfahrung lernen und daß eine einheitliche Weltpartei geschaffen werde. Die deutsche und bulgarische Niederlage erfordere die Bolschewisierung der Weltparteien, die lernen müßten, zu kämpfen und zu siegen. Die alte deutsche Zentrale habe die Massenkämpfe erfolgreicher abgemürt als General Seedi. Die Kampffähigkeit war der größte Fehler der alten Zentrale. Die jetzige Leitung erwarb der RPD den Charakter einer Kampfpartei. Die alte norwegische Partei kämpfte nicht und sabotierte sogar die revolutionäre Entwicklung, weshalb auch die Spaltung unvermeidlich war. Höglunds Angriffe gegen die Exekutive anlässlich der Spaltung waren irrational. Der Redner beweist an der Hand von reichlichen Zitaten, daß Ugan und Tranmael von Höglund verteidigt und unterstützt wurden. Höglund lobte sogar die dänische Sozialdemokratie. Höglund kämpft nur gegen die Parteiminorität und gegen die kommunistische Jugend, die die Partei wirklich bolschewisieren wollen. Höglund fordert Disziplin gegenüber der Exekutive, muß aber dann auch Disziplin gegenüber der Exekutive halten. Die Komintern will Höglund nicht verlieren, sondern nur zur Ordnung rufen.

Dengel (Deutschland)

meint, es sei auffallend, daß die Rechte mit Vargas wirtschaftlichen Theisen einverstanden sei. Vargas Theisen geben keine klare Perspektive, seien widerspruchsvoll, weisen gefährliche Rechtstendenzen auf. Vargas glaube, daß der Kapitalismus die gegenwärtige Krise liquidieren könne, was ein Irrtum sei, da sich die Gegensätze innerhalb des Kapitalismus verschärfen. Vargas Theorie über die Eliminierung der Gegensätze innerhalb des Kapitalismus durch Verflechtung gegenwärtiger Interessen erinnere an Kantak. Vargas Theisen enthalten pazifistisch-moralisierende Entgehnungen und idealistische Abweichungen. Die Entwicklung treibe zur Verschärfung der Gegensätze. Das Sachverständigengutachten sei die Fortsetzung des Krieges und führe die schwersten Krisen herbei. Die Reparationsfrage bleibe das Hauptproblem, das die revolutionäre Lage herbeiführt. In der nächsten Etappe bleibe die Lage in Deutschland objektiv revolutionär. Der Kongreß müsse Vargas Perspektiven fortzögern und Lenins Perspektiven — wonach der Kriegsperiode Revolutionen folgen — aufrechterhalten. (Beifall.)

Freimuth (Deutschland)

Im Namen der deutschen Delegation gibt Genosse Freimuth eine Erklärung ab. In dieser Erklärung wird gesagt: Auf dem Kongreß sind Vertreter der Radikal- und Brandler-Richtung mit einer ausführlichen Kritik der deutschen Partei aufgetreten. Diese Richtung ist in der deutschen Partei erkrankt. Sie hat

und zwar im Güterverkehr ausschließlich Kohlen 7 Prozent und im Personenverkehr je nach der Klasse 10 bis 16 Prozent. Hieraus errechnet sich ein Durchschnittsertrag von 6 Prozent der Gesamtbruttoeinnahmen der Reichsbahn. Nach den Vordträgen des Dawes-Komitees sollen diese Steuerfeste auch in Zukunft beibehalten werden, so daß es den Anschein gewinnt, als erwünsche hieraus dem deutschen Volke keinerlei Mehrbelastung. Es ist jedoch vorgezogen, den im Jahre 1924 auf 227 Millionen Goldmark geschätzten Ertrag der Verzehrfsteuer sehr bald auf 290 Millionen zu steigern. Bei gleichbleibenden Prozentfähen kann diese Erhöhung nur automatisch mit einer Erhöhung der Personen- und Frachttarife eintrien! Das verlangt Dawes auch. Bezeichnenderweise sollen die Fahrpreise der 3. und 4. Klasse bedeutend herabgesetzt, die der 1. Klasse dagegen erhöht werden. Wichtig dabei ist, insbesondere nachzuweisen, welche ungeheure Steuerlast erneut dem deutschen Verbraucher aufgebürdet wird, denn es dürfte doch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß sich die geplanten Tarifsteigerungen vollstänchnlich in einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung auswirken müssen. Bei einem Durchschnittsertrag der Verzehrfsteuer in Höhe von 6 Prozent der Gesamtbruttoeinnahmen bedingt die Erhöhung der Verzehrfsteuer von 227 auf 290 also um 63 Goldmarken, eine Vermehrung der Bruttoeinnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr um 1050 Millionen Goldmark, die zu Lasten der deutschen Verbraucher gehen. Bekanntlich wird das 63 Goldmarken Mehrertrag aus dem Verzehrfsteuern gibt das eine Summe von 113 Millionen oder auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet im Jahre eine Mehrbelastung von 185 Mark für eine 6köpfige Familie, demnach eine solche von 111 Mark, das ist 125 Prozent des ab 1. Juni erhöhten Gehaltes eines Beamten der Besoldungsgruppe 1.

auf dem Frankfurter Parteitag keine Stimme erhalten. Ihre Kritik richtete sich gegen die Exekutive und bewog die Stärkung der rechten Strömungen in der Komintern. Die deutsche Partei wird die Mängel, die nur Folgen der alten Politik sind, beseitigen und erwartet vom Kongreß die Ausmerzung der rechten Strömungen, damit deren Vertreter auf keinem Kongreß der Komintern mehr auftreten können.

Die Delegierten empfangen mit Begrüßung eine Delegation von 12 000 Bergarbeitern aus Grosny, die den Kongreß begrüßt.

Der Kongreß nimmt einstimmig einen Protestaufruf gegen den weißen Terror in Spanien an.

Hierauf führt

Hansen (Norwegen)
aus, die norwegische Partei habe viele Fehler begangen. Tranmael solidarisierte sich mit Ugan, der seinerseits eine bürgerliche Politik betriebe. Tranmael sei nur infolge eines Irrtums in der R3 gewesen und mache jetzt einen Bloß mit der Sozialdemokratie und mit der Bourgeoisie. Der Bruch mit Tranmael sei notwendig gewesen. In der RPD herrsche die Passivitätstheorie, wie sie in Norwegen herrsche. Die muß überwunden werden. In der schwedischen Partei bestehe eine Richtung, die die Parole der Bolschewisierung bekämpfe. Die norwegische Partei habe den Weg der Bolschewisierung betreten.

Mac Manus (England):
In der deutschen, tschechischen, polnischen und englischen Partei bestehen rechte Abweichungen, was durch das langsame Tempo der Weltrevolution zu erklären ist. Die Hauptfrage ist nicht das Verhältnis zur Labour-Party, sondern die Hauptfrage ist, wie man eine Massenpartei schafft. Die oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften wird stärker. Die kommunistische Partei muß die Gewerkschaftsopposition organisieren, wie das schon im Bergarbeiter-, Textil- und Seelensverband erfolgreich geschehen ist. Auch in der Labour-Party muß die Opposition organisiert werden. Die Organisierung der Opposition wird gelingen, da die Regierung während der letzten Streiks die Gewerkschaften bekämpft hat. Der Weltkongreß muß praktische Anweisungen zur Anwendung der Einheitsfronttaktik ausarbeiten.

Nachmittags-sitzung.

Zu Beginn der Nachmittags-sitzung beschließt der Kongreß folgenden Aufruf an die italienischen Arbeiter und Bauern:

Aufruf an die italienischen Arbeiter und Bauern!

„Durch die Ermordung Matteottis begann der Faschismus nach vielen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse ein neues Verbrechen. Die liberale Bourgeoisie heuchelt Entrüstung, obwohl sie am Faschismus mitschuldig ist. Die Reformisten, die immer Passivität predigen, entwarfen auch jetzt die Arbeiterkraft. Der Weltkongreß der Komintern senkt sein Banner vor dem neuen Opfer, wie auch vor allen anderen Opfern, die im Kampfe gegen den Faschismus gefallen sind.“

Der Faschismus kann nur gebrochen werden durch die Zusammenfassung der Arbeiter und Bauern, durch die Bekämpfung reformistischer Illusionen und der Schwankungen der Maximalklinken. Die Einheit der Aktion, Stärkung der Massenorganisationen, Wiederherstellung der Betriebsräte und Schaffung der Einheitsfront können die Entmachtung der Faschistenbünde, die Auflösung der nationalen Miliz, den Sturz der Völkerverregierung, den Sieg gegen den Terror, die Bildung von proletarischen Hundertschaften, die Befreiung der Eingekerkerten, die Versammlungs- und Pressefreiheit erkämpfen. Unitarische, maximalistische und sozialdemokratische Arbeiter müssen unter kommunistischer Führung gegen den Faschismus kämpfen.“

Ercoli (Italien)

schildert ausführlich den Standpunkt der Bordiga-Gruppe. Die gegenwärtige Formulierung in den Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung sei glücklicher als die frühere. Die gesamte italienische Delegation protestierte gegen die Aufnahme der italienischen Sozialistischen Partei als sympathisierendes Mitglied in die Komintern.

Semas (Java)

Die kommunistische Partei Hollands unterstützt die revolutionäre Bewegung in Java nicht genügend. In Java erstärkte die Bewegung unter der Auswirkung der russischen Revolution, trotz der nicht genügenden Unterstützung durch die holländische Partei.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Staatshaushalt sollen im Normaljahr 1250 Millionen Goldmark als Reparationsleistung an die Entente abgeführt werden, und zwar wird als Garantie die Reparationskasse die Zölle und Verbrauchssteuern des Reiches mit Beschlag belegen. Aus dem Ertrag sollen zunächst die Forderungen der Siegerstaaten gedeckt werden, während Deutschland über den etwaigen Restbetrag verfügen darf. Folgende Summen sollen durch Zölle und Verbrauchssteuern, die den Herren Sachverständigen „ungebührlich niedrig“ erscheinen, aufgebracht werden:

Tabaksteuer	856 Mill. Goldmark
Zölle (eine „wesentlich höhere“ Summe also mindestens)	1000 Mill. Goldmark
Zudefsteuer (in den „Belg. Studien“)	130 Mill. Goldmark
Biersteuer (in den „Belg. Studien“)	200 Mill. Goldmark
Einkommensteuer (in den „Belg. Studien“)	70 Mill. Goldmark
Erwerbsteuern (in den „Belg. Studien“)	20 Mill. Goldmark

Sa. 2276 Mill. Goldmark.

Im Wesen der Zölle und Verbrauchssteuer liegt es, daß sie fast ausschließlich von den mittleren und unteren Volksschichten, die das Gros der Verbraucher bilden, gezahlt werden, denn es ist eine allbekannte Tatsache, daß an ihrem Ertrag der Großbourgeois mit seinem Bruttoneinkommen nicht wesentlich höher beteiligt ist, als der Beamte und der Arbeiter mit ihren Nettolohnen. Von den errechneten 2276 Mill. Goldmark aus Zöllen und Verbrauchssteuern trifft durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung die Summe von 38 Mark. Für eine 6köpfige Familie somit 228 Mark, das ist 183 Prozent des ab 1. Juni erhöhten Gehaltes eines Beamten der Besoldungsgruppe 1.

Sammelt Adressen sympathisierender Bauern!

Eine Erinnerung an Rosa Luxemburg.

Es war in den Novembertagen 1918; am Vorabend der „Revolution“ in Breslau. In der Stadt war eigentlich nichts Besonderes zu bemerken. Es fehlten die unmittelbaren und gewaltigen Vorzeichen eines großen politischen Ereignisses. Breslau war eben damals — und ist es heute noch — eine Domäne des Reformismus mit Paul Lobe an der Spitze. Der Spartakusbund existierte leinert noch nicht in Breslau, es gab nur ein kleines Häuflein USW-Leute ohne Einfluss auf die Arbeiter. An jenem bewundernswürdigen Abend, dem die „Revolution“ folgte, wurde nun die kleine Ortsgruppe des USW, alarmiert. „Rosa Luxemburg spricht auf dem Koffplatz“, hieß es, „alle Parteigenossen haben sich sofort dort einzufinden.“ Diese Meldung war leider falsch. Rosa Luxemburg sprach nicht auf dem Koffplatz. Eben aus dem Gefängnis, Klecks-Kaufstraße entlassen, wo sie lange in Schutzhaft gehalten war hielt sie sich in der Wohnung eines Genossen in der Nähe des Koffplatzes auf, der ihr während der Haft immer das Essen gebracht hatte. Als die Genossen sich vollständig eingestellt hatten, wollte sie, die sehr schwach und zart aussah, — aber ihre herrlichen Augen beherrschten das ganze feine Gesicht — sofort wissen, was in der Stadt los sei, welche Absichten die Partei habe und welche Vorbereitungen schon getroffen seien. Die kleine Parteigruppe hatte zwar allerhand Absichten, konkrete Vorbereitungen waren aber noch nicht getroffen. Nach kurzer Diskussion gab sie die notwendigen Anweisungen für den nächsten Tag. Zusammen mit einigen anderen Genossen begab sie sich dann in das Gewerkschaftshaus in der Margaretenstraße. Dort herrschte bereits ein lebhaftes Treiben, es war was los. Lobe und seine Genossen waren nicht anwesend; sie machten inzwischen die „Revolution“. Als im Restaurant des Gewerkschaftshauses bekannt wurde, daß Rosa Luxemburg da sei, belagerten die anwesenden reformistischen Wonnästen einen fürchterlichen Schreck einige Arbeiter — unentwegte Anhänger von Lobe — gingen um Rosa Luxemburg herum wie um ein seltenes aber komisches Tier. Alles wartete auf Lobe. Endlich kam er im Auto angelangt, er hatte die „Revolution“ gemacht. Rosa Luxemburg ging ihm entgegen, auf der Treppe zum Gewerkschaftshaus trafen sie sich, sie umarmten und küßten sich. Welche Gefühle mögen wohl die Gemotzten Rosa und Paul Lobe gehabt haben! Lobe gab dann bekannt, daß der „Sieg der Revolution“ gesichert sei und am morgigen Tage eine große Volks-Versammlung in der Jahrhunderthalle stattfinden werde. Die USW-Leute forderten, daß in dieser Versammlung Rosa Luxemburg das Hauptreferat halten soll. Das wurde von Lobe abgelehnt. Er billigte nur zu, daß sie nach ihm einige Worte an die Versammlung richten dürfe. Darauf ging aber Rosa Luxemburg nicht ein. Sie wartete nun die Versammlung nicht mehr ab, sondern fuhr bereits am nächsten Morgen nach Berlin. Erwähnenswert ist noch eine Äußerung des Breslauer Gefängnisdirektors, der bei der Entlassung Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis in der Angst des Spießbürgers die Worte fallen ließ: „Aber machen Sie's nur nicht zu wild.“ Nun, würde Bestien haben bald darauf ihren schwachen Leib zerrissen.

Ernst Vesting.

Breslau.

Stadtverordneten-Versammlung.

(Schluß.)

Zu den Einzel-Stütz-Volksschulen-Mittel- und höhere Schulen hält dann Pietsch (SPD) eine längere Rede. Sie war bemerkenswert für die Breslauer Sozialdemokraten. Denn er trat für die Bildung der Arbeiter ein um sie zu hochqualifizierten Arbeitsträgern für die heutige Wirtschaft zu machen. Bürgerliche Phrasen. Vom Breslauer Gesamtsatz wurde 1914: 81,5 Prozent für Schulen usw. veranlagt. 1924: nur 16 Prozent. Bei den höheren Schulen ist es anders (M o l e r: hört, hört.) Während bei den Volksschulen 1914 pro Kopf 102 Mark ausgegeben wurde, sind es 1924 51,50 Mk., gleich einer Verminderung von 50 Prozent. Bei den Gymnasien: 1914: 258 Mark, 1924: 207 Mark, gleich 20 Prozent weniger. Bei der höheren Tochter 1914: 131 Mk., 1924: 229 Mk., also eine Erhöhung!

Ihr heuchlerischen Sozialdemokraten, jetzt, wo auch das Bürgerturn in die Ecke gedrängt hat, glaubt ihr durch sogenannte radikale Phrasen die Arbeiterkraft zu täuschen. Es hilft euch nichts mehr, eure Partei ist marod und faul.

Die Anträge und die Begründungen der Sozialdemokraten waren lächerlich. Sie stempeln die SPD zu einer typischen Kleinbürgerpartei. So verlangten der Stadtverordnete Pietsch in einem Antrage Telephons für die Volksschulen, weiter Beihilfe zu Schülerwanderungen, zur Stärkung der Vaterlandsliebe und 3500 Mark für die Lehrerbibliothek. (Ein kleines Schulprogramm.)

Stadtämmerer Matthes spricht gegen die sozialdemokratischen Anträge aus finanziellen Gründen!

Der Demokrat Blech stellt zu den sozialdemokratischen Anträgen eigene Anträge.

Bei der Abstimmung ergibt sich, daß nur die Anträge zum Ausbau der Lehrerbibliothek und des Botanischen Gartens angenommen werden. Die deutschpolitischen entpuppten sich bei der Abstimmung wieder einmal als Sezessionäre.

Der Schluß der öffentlichen Sitzung wurde mit kleinen Anträgen und Berichten ausgefüllt.

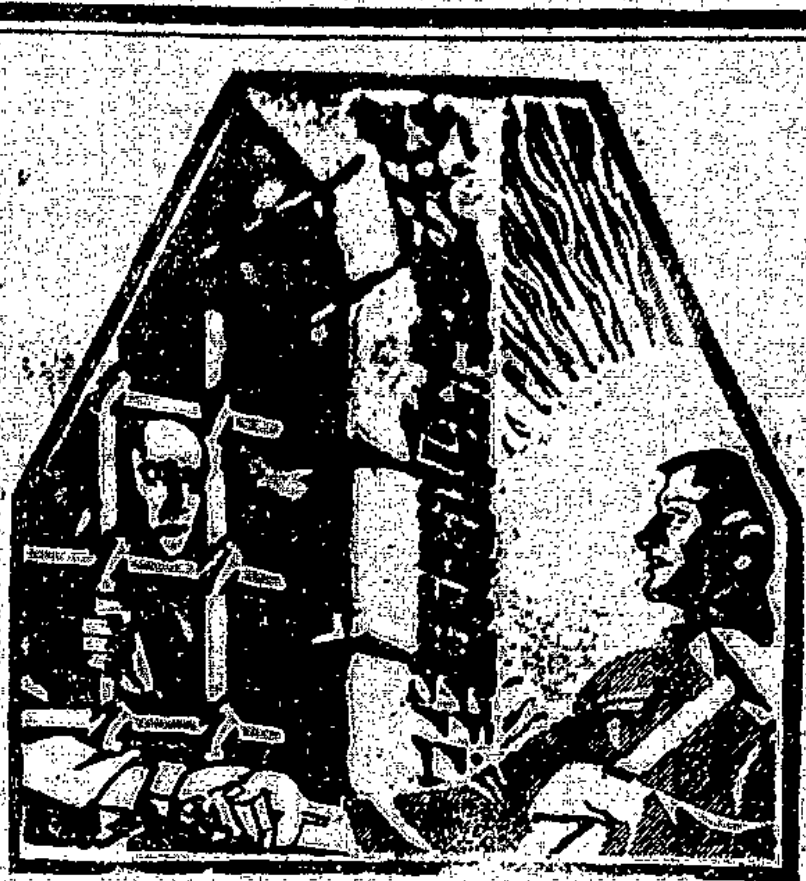
Das Verhören.

Im angstvollen Gedränge rauen sich die Leute, jung und alt, um ihre „Sachwerte“ zu veräußern, damit sie einige der dringendsten Lebensnotwendigkeiten bestreiten können. Es sind die besten Glieder der Gesellschaft, die sich hier ein Stück Mühe geben; es sind diejenigen, welche durch ihre Hände- und Geistesarbeit nützliche Werte schaffen helfen und heute erbatungslos zum „höheren“ Richter verdammt sind. Es sind aus der Arbeit geworfene Proletarier und Angehörige, wie aus leibhändige Kleingewerbetreibende, die infolge der Weltnot ihre wirtschaftlichen Existenzen verloren haben. Stöhnend wird ihnen allen, den Arbeitern und Angestellten, wie

Propagiert die

Betriebsräte - Vollversammlung

am 11. Juli.



Proletarische Ehrentafel.

Die Opfer des weißen Terrors.

In den Gefängnissen Breslaus, Schweidniz, Waldenburgs, Schmachten folgende Genossen:

1. Ormer, Karl, seit November 1923
2. Wagner, Wilhelm, seit November 1923
3. Moser, Karl, seit November 1923
4. Schmidt, August, seit November 1923
5. Klein, Paul, seit November 1923
6. Schlegel, Richard, seit November 1923
7. Reichel, Franz, seit November 1923
8. Dreisamer, Adolf, seit November 1923
9. Biewald, Wilhelm, seit April 1924
10. Fähringer, Robert, seit Februar 1923
11. Korzelski, Josef, seit Dezember 1923
12. Eißermann, Wilhelm, seit Februar 1924
13. Senke, Alwin, seit Februar 1924
14. Kowyn, Albert, seit April 1924
15. Gläser, Max, seit April 1924
16. Biering, David, seit Februar 1924
17. Koblewski B., seit April 1924
18. Koblewski, Frau, seit April 1924
19. Billy Wolla.
20. Karl Behr.
21. Franz Gommernberg (befindet sich im Hungerstreik).
22. Leodor Lallen.
23. Georg Springler, seit November 1923.

Den Ehrenplatz auf der proletarischen Gedenktafel gebührt dem Genossen

Max Hölz,

der seit drei Jahren im Breslauer Straßgefängnis inhaftiert und zu

lebenslänglichem Zuchthaus

von den Klassenrichtern verurteilt wurde.

Auch der Genosse Kaufmann aus Schweidniz ist wegen Beteiligung an den Märzkämpfen zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Er befindet sich im Zuchthaus Groß-Strehlin in Schlesien.

Damit ist die Liste der Inhaftierten noch nicht erschöpft, da in Schlesien täglich Verhaftungen vorgenommen werden.

In alle Ortsgruppen ergeht daher die Aufforderung, sofort die Namen derjenigen Genossen mitzuteilen, die hier nicht genannt sind.

Parteigenossen und Genossinnen!

Hinter Kerrenauern befinden sich die tapfersten und opferbereitesten Proletarier. Sie sind doppelt und dreifach von der Klassenjustiz verurteilt, denn ihre Frauen und Kinder befinden sich im größten Elend.

Revolutionsäre Pflicht

Jeder Ortsgruppe der Partei ist es, den gefangenen Brüdern und ihrer Angehörigen Hilfe zu bringen. Pflichtvergessen handeln die Ortsgruppen, die nicht jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit während der roten-Hilfe-Woche veranlassen. Die beste Hilfe

ist intensiver Sammetätigkeit

für die Opfer der Klassenjustiz.

auch an proletarisierten Mittelständlern, dargelegt, was es mit der kapitalistischen Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf sich hat. Und was muß nicht der Arbeiter zur „Leibe“ schaffen, um sich lauffähig zu erhalten, um sich nicht die letzten Quellen zur Entnahme von Lebensmitteln zu verstopfen!

Noch wäre es das Schlimmste nicht, wenn solcher „Luzifer“ wie etwa eine Zahnenahrt, eine goldene Kette, Brocken und Ringe, auch wenn es sich um teure Andenken an Verstorbene handelt, beliehen werden müssen. Sondern Dinge, die der Proletarier entbehren kann. Erster liegen schon die Verhältnisse, wenn der Arbeiter seine Kleidungshüde überflüssige, den sogenannten „guten Anzug“, hingeben muß, dabei sind diese Fälle mit die Regel. Sehr oft sind die arbeitslosen Angehörigen gezwungen, auf einen Tag nur den guten Anzug vom Leibhaus zurückzuholen, um mit vielleicht etwas größerer Wahrscheinlichkeit auf Grund des guten „Außeren“ eine „leitende“ Stellung als „Kaufmann“ zu erhalten.

Eine Tragödie ohne Worte verrät die Proletarierin, welche sich mit ängstlicher Miene dem Beamten nähert, um ihre Fernbeuten zu beschaffen. Das bloße Schauen solcher Gestalten erhebt einen jeden Menschen, welche furchtbare Not in solchen Familien herrschen muß, wie schwer Arbeitslosigkeit und Armut, oftmals beides zusammen, dort herrschen müssen! Weder die durch Willkürarbeit „verdiente“ Arbeitslosenunterstützung, noch die „hohe“ Fürsorgeunterstützung können solches Elend

soviel Not beseitigen helfen, hier kann nur helfen: die Arbeiter des heutigen Massenelend beizugehen, nämlich die vollkommen zerstückte und verfaulende kapitalistische Wirtschaft!

Wer nicht hungern will, wird eingeliefert.

Der „Skandal-Anzeiger“ hat einen Sprechsaal. In ihm läßt er nicht einfache Arbeiter reden, sondern Spießbürger sich ausschleimen, einsönieren, über alles und — alles bleibt beim alten. Nur die Leser der „Neuesten Nachrichten“ lesen gerade diesen Teil der Zeitung mit großem Bedacht bei einer Tasse Kaffee mit Butterkornel, Strickstrumpf oder langer Pfeife dabei.

Unter obigem Titel finden wir nun in Nr. 180 eine Zeitschrift, die anlagend wäre, wenn sie nicht von einem Spießbürger A. Ch. geschrieben und in den „R. A.“ veröffentlicht wäre. Trotzdem behältigen wir uns mit den darin enthaltenen Tatsachen, die an sich zeigen, wie gemein die Breslauer Bourgeoisie, durch ihre Beauftragten, dem Magistrat und der Polizei, mit den armen alten Leuten umgehen

Die über 85 Jahre alten Personen erhalten keine Unterstützung vom Magistrat, der 5 Jahre der sozialdemokratischen Mehrheit gefolgt ist. Dieser vertritt den Grundsatz, Personen über 65 Jahre, die er nicht mehr als arbeitsfähig anseht, keine Erwerbslosenunterstützung geben zu lassen. Sie erhalten zwar vom Wohlfahrtsamt allmonatlich einen Geldbetrag, der aber nur ausreicht, um das Obdach zu bezahlen. Früher gab es noch alle Monate 6 Lebermittelkapseln, was jetzt aufgehört hat. Wenn sie sich, milde Götter, auf den Straßen erbetteln, notwendig das Leben stiften wollen, werden sie von der Schupo befragt. Der Magistrat (in dem Sozialdemokraten sitzen) will die Straßen von Bettlern reinigen, damit nicht der Ansehen erweckt wird, Breslaus Bevölkerung hungert.

Der Spießbürger, hat vor all diesen Tatsachen Elend und Hunger die Lösung: Die Schupos sollen sie von den Hauptstraßen und Plätzen verweisen.

Ja wohl, in den Hauptstraßen läuft der Schieber, der reiche Junfer, die nichtstuhende Dame, sie wollen von dem Elend nichts sehen, sie wollen nicht wissen: Deutschlands wertvolle Bevölkerung hungert!

Die armen alten Leute sollten sich zu Hunderten und Tausenden sammeln, gemeinsam mit den Kriegsoffizern, Rentnern, die durch die Inflation alles verloren haben, Erwerbslosen auf der Straße erscheinen und ihr Recht zu leben, fordern!

Erene Zeitliche in den Anrühbern der besetzten Gebiete.

Der Polizeipräsident teilt mit, daß die Rheinlandkommission auf Antrag der Ärzte des besetzten Gebietes beschlossen, daß den Kurgästen Erleichterungen zur Einreise aus dem unbesetzten Deutschland einzuräumen.

Die internationale Bourgeoisie sorgt schon dafür, daß sich auch ihre „deutschen“ Freunde überall vergnügen können. Vor und nach ihrer Sommerreise schimpft das deutsche Bürgerpad auf die Franzosen und Engländer, die deutsche Gebiete besetzen, Schwören fürchterliche Rache und fahren dann friedlich zur Kur in besetzte Orte! Deutsche Proleten aber, die bei Solidaritätskundgebungen zum Proletariat der besetzten Gebiete sprechen wollen, werden nicht hineingelassen.

Die große Wohnungsnot veranlaßt das Publikum immer wieder, sich schriftlich oder persönlich an den Oberbürgermeister zu wenden, um eine Wohnung zu erhalten. Es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein derartiges Verfahren zwecklos ist und nur Verzögerungen und unnötige Kosten verursacht. Die Vergütung der Wohnungen ist lediglich Sache des Wohnungskommissars.

Wir können es den Menschen, die jahrelang, manche schon vier Jahre auf Wohnung warten, nicht verdenken, wenn sie sich überall hinwenden, um nur Wohnung zu bekommen, schafft Wohnungen und solche Notigen erübrigen sich.

Der Magistrat bittet uns mitzuteilen, daß die Firma Meslow & Waldschmidt ein Beispiel von opferfreudigem Gemeinnutz gegeben hat, indem sie täglich seit Februar für die Speisung von 20 Unterstützungsempfängern sorgt.

Was muß die Firma verdient haben, wenn sie sich eine solche großzügige „soziale“ Reklame leisten kann!

Das Polizeipräsidentium macht bekannt: Wegen Verlegung der Gasrohrleitungen für Hundefeld und Carlowsch wird

1. der östliche Fußweg und Radfahrweg der Trebnitzer Straße zwischen Einbaumstraße und Schiffskanal für Fußgänger und Radfahrer ganz,
2. der Fahrdamm der Trebnitzer Straße zwischen dem Wege nördlich des Gaswerks und dem Schiffskanal und
3. der Verbindungsweg zwischen Kanalbrücke und Rosenthaler Brücke hinfällig vom 3. Juli ab auf 6 Wochen für Fußweg und Reiter gesperrt.

Der gestern ertrunkene Riedel ist nicht unser Parteigenosse Hugo Riedel, sondern der Betriebsrat der Eisenbahn, Christoph Riedel (SPD).

Achtung Steinarbeiter! Mittwoch, den 9. Juli, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, eine Branchenversammlung der Steinarbeiter und Schriftstauer statt.

Alle Genossen,

die als Sprechpot und in kleinen Rollen in der am 3. August 1924 stattfindenden Gedenkfeier anlässlich der 10-jährigen Wiederkehr des Weltkriegsbeginns mitwirken wollen, finden sich Donnerstag, den 10. Juli 1924, abends 7.30 Uhr, im Maximilianhaus (ehemals „Deutscher Kaiser“ Friedrich-Wilhelm-Straße), zur Probe ein.

Die Genossen vom Sprech- und Gesangpot haben vollständig zu erscheinen. Mindestens 100 Genossen müssen sich als Mitwirkende beteiligen.

Ortsgruppe Breslau der SPD.

Breslauer Kinos.

In den Nach-Lichtspielen dreht man als Filmbearbeitung die Ergebnisse des Fremdenlegionärs Kriech.

Interessant bei den Kalernerspielfeldern sind die Bemerkungen aus dem Publikum. Zu einem Bild, das zeigt, wie beim Nacheregerieren die Legionäre, auf dem Bauche liegend, sich vorkauern haben, und dabei mit Fußritten traktiert werden, bemerkte jemand: was da schön ist? Damit fing bei die Preußen erst an. Zu einem anderem Bilde wurde erklärt: ja die Franzosen wußten eben, daß sie es bei dem vor dem Kriege zugelassen und angeworbenen Deutschen mit Desertieren zu tun hatten, die aus Frauen vor der bevorstehenden zwei oder dreijährigen Militärdienst sich anwerben ließen, in der Annahme nicht einen lo menschenunwürdiger Behandlung ausgeliefert zu sein, als beim preußischen Kommiss.

Ergänzen wir diese Äußerung um die Motive derer, die sich heute noch antworten lassen, dann müssen wir feststellen, daß es Gründe wirtschaftlicher Not sind, wie: Auszehrung, Mangel an Kapitalien, Verfall der verantwortungsvollen, geminnbringende Kapitalienbrut unserer Industrielöhne. Die armen Leute übersehen vollkommen, wie sie vom Regen in die Traufe geraten, d. h. dem deutschen Militarismus und ihrer Wirtschaftsnote scheinbar entgehen, dafür aber vom französischen Militarismus und Chauvinismus als „Freiwild“, zu dem sie sich selbst und das propagandistische Verlagen der hilflos labbernden SPD, sie gemacht, bis zum Weißbluten ausgepowert werden.

Sie suchen die Freiheit, ohne zu wissen, daß der Weg zu ihr nur über den Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten führen kann.

Daß nur die sozialistische Revolution sie erlösen wird. Darum kann die Partei nur heißen: Hände weg von der Fremdenlegion! hinein in die Reihen der revolutionären Kämpfer! Denn für die sentimentalischen Hinweise auf die Enttäuschungen eines einzelnen Abenteurers, der mit seinem persönlichen Freiheitsbegehren zugleich zum Segner der Interessen der Arbeiterbewegung wird, Partei zu ergreifen, hieße Mißbrauch treiben mit unserer Zeit.

Der Film selbst ist „zahn“ und eine nationalistische Propaganda wird schwer zu machen sein. In dieser Beziehung scheint übrigens beim Fremdenlegionär Kriech seit seiner persönlichen Mitwirkung bei Manageskuden, die das nationalistische Geschäft damals bestens beorgten, ein Wandel vorgegangen zu sein. Vielleicht ist auch er des Danke des Vaterlandes verichert worden und hat damit eine Erfahrung gemacht, durch die Millionen deutscher Proleten zu revolutionären Kämpfen erwecken!

BEUTHEN

*Beachtet bei allen Einkäufen
immer unsere Inserenten!*

**Kaufhaus
Joh. Reinbach**
BEUTHEN, Gleiwitzer Str. 4
Weiss-, Woll-,
Kurz- und
Mode-Waren

Hugo Schüftan
Beuthen O.-S.
Bekannt große Auswahl
und billige Preise in
Damen-Konfektion
Kleider-Stoffen
Seiden / Leinenwaren
Gardinen / Teppiche / Läuferstoffe

Gebrüder
R. Altmann Nachf.
Beuthen O.-S.
Ring 9/10, Eingang Schloßhausstr.
Weiss- und
Wollwaren

Gebrüder
Markus Baender
G. m. b. H.
Beuthen • Ring 23
Damen-, Backfisch- u. Mädchen-
Bekleidung :: Wäsche aller Art
Kurzwaren, Besätze, Spitzen
Trikotagen :: Handarbeiten

Spezialhaus
für Leinen- u. Baumwollwaren
Herren- und Damenstoffen
und Trikotagen
Bekannt grösste Auswahl
Billigste Preise

Gegr. 1905 **N. Tau** Tel. 511
Krakauer Straße 36

Glück Auf
das Haus der billigen
Damenhüte
Beuthen, Ring 6.

JOS. ELLGUT
Beuthen OS. / Tarnowitzer Straße 20

Spezialgeschäft in Weißwäsche
Trikotagen, Leinen- u. Wollwaren

Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß, Wäsche, Hüte, Herren-
artikel kaufst Du billig und reell bei

L. Prager, Beuthen OS., Krakauer Str. 21
Genossen erhalten Extravergünstigung
Straßenbahnvergütung und 5% Rabatt

Julius Michalik
Beuthen OS. Gleiwitzer Str. 1/2
**Vornehme Herren- und
Knaben-Bekleidung**
Grösste Auswahl — Billigste Preise.

Spezial-Geschäft für Herren-Artikel
jeder Art

S. Pinkus / Beuthen OS.
Tarnowitzer Straße 36 Telephone 1247
Leder und Lederwaren

**Warenhaus
Gebr. Barasch**

Jockey-Club / Bahnhofstraße 6
gegenüber dem Kaiserhof

Schuh-Haus
M. Blumenfeld
Tarnowitzer
Straße Nr. 20

Stets. große Auswahl
in
Schuhwaren
aller Art
zu
vorteilhaften Preisen

Leinenwaren und Baumwollwaren

**Kleiderstoffe
Seide**
Tarnowitzer Str. 23

G. m. b. H.
Beuthen OS.
Beste Bezugsquelle
für sämtliche
**Bedarfs-
Artikel**
Leder
und
Schuhmacher-
Bedarfs-Artikel
Emanuel Pinezower
Beuthen - Ring 13
Telephone 3003/3004

Damen- u. Kinder-
Konfektion

Herren- und Damen-
Artikel
Tarnowitzer Str. 23

Arthur Schleimer
Beuthen
Krakauer Straße 29
**Strumpfwaren
Handschuhe**
en gros

C. Nohl
Tarnowitzer Straße 11
**Zigarren
Zigaretten ♦ Tabake**

Jg. Schedon's Ww. & Söhne
Inh.: Tatzel & Rimpler Beuthen, Bahnhofstr. 32
Herrenwäsche / Herrenartikel / Anzüge fertig u. nach Maß
Gummimantel

Walter & Co
BEUTHEN OS.

Kaufhaus größten Stils
für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Galanterie- und Kurzwaren-Grosshandlung

Deckro & Schmelz

Langestrasse 39 Beuthen Telephone Nr. 502

Buchhandlung
der
Produktiv-
Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
E. G. m. b. H.

Breslau
Trebützer
Strasse 50

**Schuhwaren-
Haus
R. Neustadt**
Beuthen OS.
Ring 15
Telephone Nr. 517

**Nur erfilltliche
Fabrikate
Große Auswahl!**

**Stempel-
Mann**



Beuthen O.-S.
gegenüb. dem Bahnhof
Telephone 718

Buchdruckerei
der
Produktiv-
Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
E. G. m. b. H.

Breslau
Trebützer
Strasse 50

Alfred Gebauer
Beuthen OS.
Krakauer Str., Ecke Klosterstr.

Honigkuchen- u. Zuckerwaren-Fabrik

Louis Boroschek
Friedrich-Wilhelm-Ring 11

Manufakturwaren

Hemden- u. Schürzen-Fabrik
En gros En detail

**Spezialhaus
für
Wollwaren**
Inh. Friedr. Fremd
Telephone 357 - Tarnowitzer Str. 98
Grasses Lager in Strümpfen
Trikotagen und Wollwaren

Viktor Deutsch
Beuthen O/S.
Krakauer Straße 9
Fernruf Nr. 421

Feinstklass. Fabrikate, Nähmaschinen, Speisepumpen, Endkranzen
Lager sämtl. Ersatzteile * Spez.: Schreibmaschinen

Wo kauft man gut und billig bei günstigen Zahlungsbedingungen
Einzelmöbel und ganze Einrichtungen?
im
**Möbel-Kaufhaus
Eurt Löwenstamm**
Beuthen OS. / Friedrich-Wilhelm-Ring 8

Reserviert.

Aus der Provinz.

Surra! Surra!

Wienberg, 7. Juli.

Surra! Surra! Deutschland ist gerettet! Der Wendenberger Kriegerverein feierte am Sonntag, den 6. Juli seinen 50-jährigen Rummel unter Mitwirkung der Reichs-Jägerkapelle aus Sinsfeld. Es war ein erhebender Anblick, als die ehrenwürdigen Heim- und Clappentrieger durch die reich geschmückten Straßen zogen. Da merkte man keine Gedrängtheit, weder bei den ehrsamten Bürgern noch bei der Stadterwaltung. Die Stadt war so zuvorkommend und stellte sämtliche Kommunalarbeiter, 6 Stück, und 2 Zimmerleute den ganzen Tag zur Verfügung und unter Aufsicht des Herrn Bauhof-Wärterers wurden Ehrenportien gefetzt und Gläsern gegossen; denn die beiden Herren Bürgermeister wollten sich vor fremden Gästen nicht lumpen lassen. Sonntag früh war großes Weiden. Um 8 Uhr ging die ganze Gesellschaft zum Heidenbühl, wo ein Feldgottesdienst stattfand. Nach Niederlegung von Kränzen wurden die 11 Klären drei Schüss abgeben. Dann wurde das bekannte niederländische Dankgebet „Wir treten zum Beken“ von der Kapelle gespielt und die meisten von diesen Heiden größten natürlich mit. Ich betrachtete mit diese tapferen Kriegsmänner näher und ich mußte leider, leider feststellen, daß auch Proleten, die sich die ganze Woche und das ganze Jahr für die kämpfenden Pflichten für die Arbeiter-Klasse schänden müssen, an dem Rummel teilnahmen. Auf der Arbeitsstelle sind es gerade diejenigen, welche andauernd kämpfen, es reicht nicht, es ist ein Hundeleben, ich hänge mich auf; dann geht sie hin und ziehen mit dem Ausbeutergefindel mit trara und lamtam durch die Stadt und können sich nicht vor ihren Arbeitshilfen. Ich sah auch einen Proleten, wo ich ganz genau weiß, daß er sich den schwarzen Brad und Zylinder hat pumpen lassen. Aber das macht nichts, Hauptsache mein Arbeitgeber und andere Profiteure sehen nicht, dann will ich gerne weiter hungern, ich bin ja, freu-deutsch, das macht bekanntlich Jatt.

Vom 11 bis 12 Uhr war Platz Markt. Der Patriotismus fehlte es hier nicht, dann das Beweisen die Heber, welche gespielt wurden. Da sah man die wohlgepflegten Bourgeois, mancher konnte seinen wohlgepflegten Wams, geschmückt mit einem ganzen Klemmenband, knapp auf den Beinen tragen. Es waren aber keine Kriegsmänner, sondern Preis-gehälften aus dem Schicksal-Bereich, welcher ja bei uns bei jedem Rummel prompt zur Stelle ist. Daneben standen Proleten, denen man den Hunger und das Elend schon von ferne anfaß. Die hohe Volkse mit Verklärung der Herren Nachtwächter in voller Uniform, bedeckt mit einer Durschläge mußte sämtliche Zugangstraßen absperren, jedenfalls sollten sie verhindern, daß die bösen Kommunisten, vor welchen sie doch einigen Respekt haben, keine Säkular verurteilen. Auch der Sprenngewagen mußte in Funktion treten, damit die Herrschaften ja nicht zuviel Staub zu schänden brauchen, das nennt man Kaputte Heiden. Rummel ging der ganze Schwindel von neuem los. Unter dem Preußen- und Deutschlandliebe zog der ganze Haufen nach dem Rummel-Platz, wo Herr Rechts-anwalt Conrad die Festspreche veranfaßte, aber darüber zu berichten, das lohnt sich nicht, denn es kann sich jeder denken, was für Quasch da alles herauskam. Abends konnte man das ganze Konterrevolutionäre Gefindel im Hotel beobachten. Was da gefressen und geloffen wurde, davon winter die Erwerbslosen von hier ein halbes Jahr leben. Dagegen sah man in den anderen Lokalen, wie die armen Teufel kundenlang bei einem Glas Bier zubrachten. Wenn ich sage Fressen und Saufen, dann bräde ich mich nicht sehr fände aus, denn das zeigte sich am Montag früh, als ich um 1/2 7 Uhr auf meine Arbeitsstelle ging, da standen drei gut gemästete Krieger, hielten sich fest und während einer eine Melodie grüßte, lachte die anderen beiden das Heidenbühl an, wo sie tags zuvor für die gefallenen Heiden zu Ehren Kränze niedergelegt hatten. O welche Ironie.

Auf ihr Wendenberger Proleten, wie lange macht ihr diesen Schwindel noch mit? Wollt ihr immer noch nicht, wo euch diese Gesellschaft hinstreckt? Geht diesem ganzen Faschistenpad einen Fußtritt ober wollt ihr weiter verelenden? Schließt euch zusammen zu einer Kampforganisation. Hinein in die kommunistische Partei, denn diese allein ist es, die offen und ehrlich die wahren Interessen des hungernden Proletariats vertritt, nur diese allein reißt diesen Heiden die Maske vom Gesicht und gibt ihnen die treffende Antwort. Darum ruf ich euch zu: Nieder mit der Reaktion. Kampf dem Kapitalismus bis aufs Messer. Hoch lebe die Weltrevolution!

Ein revolutionärer Klassenkampf.

Waldenburg. Bürgerlicher Rummel. Das Handwerk und Bürgerland im Wohlstand leben, trotz der schlechten Zeiten, zeigt ein Bild des Unmaßes anlässlich einer Jubiläumfeier am Sonntag, den 6. Juli in Waldenburg. Bei nahe alle Gattungen des Handwerks waren mit Wagen ihres Berufs ausgestattet. Die Verbringungsbeute wurde im schönsten Lichte gezeigt. Die alljährlichen Damen und Herrchen des Handwerks zogen im mit Rosen geschmückten Wagen im Zuge. Viele tausend Arbeiter waren nach Waldenburg geeilt um sich den pomponen Umgang anzusehen. Aber haltend haben die Arbeiter gemerkt, was diese bürgerlichen Veranstaltung für einen Zweck verfolgten. Durch Spielen Koster-wilhelmscher Militärstücke und durch zeigen schwarz-weiß-roter Lappen versucht man von dieser Seite aus die breite Masse wieder einzufangen. Arbeiter merket in Zukunft solche Gesellschaft und bezähmt eure Neugierde. In nächster Zeit soll auch ein Gewerkschaftsfest in Waldenburg stattfinden.

Ein Umzug ist von der Behörde gestattet mit folgenden Bedingungen: Es dürfen keine Arbeiterlieder gespielt und gesungen werden. (Wahrscheinlich zum Schutze der Republik?) Sollte diese Veranstaltung auf diese Art und Weise stattfinden, so sollen die reformistischen Gewerkschaftsführer allein unter den Klängen aller Militärstücke zur Fremde des letzten Bürgerturns durch die Straßen Waldenburgs trotten. Wenn Arbeiter durch die Straßen ziehen, so singen sie ihr Lied, das Lied der Arbeit.

Waldenburg. Mein lieber guter Paul! Du hast auf dem Deutschnationalen Schneiderrummel in deiner Sonnabendnummer der „Bergwacht“ hingewiesen. Du hast aber vergessen anzuführen, daß Guer Bergarbeiterführer D. Waldenburg, noch am Sonnabend mittag die Aufgabe hatte, den lieben Herrgott in der katholischen Kirche um schönes Wetter zu bitten. Aber leider hatte der alte freigewerkschaftliche Gott das Gebet Deines gottgegebenen Arbeiterführers nicht mehr gehört, weil es schon ein bißchen spät war und auch nicht von Herzen gekommen ist. Denn, mein lieber Freund Paul, ich sehe immer auf dem Standpunkt, niemand kann zweien Herren dienen, am allerwenigsten aber ein Führer der radikalen Schneider. Auf dem Standpunkt hatte auch am Sonntag einmal der alte Gott gehandelt und hatte den Zwitterböden von Waldenburg und Umgehenden ein Hagelwetter geschickt, damit sie das Ausreißer bekamen.

Steh auf, Prolet!

Ich lege mein Ohr an die Zellenwand —
Proleten, was macht Ihr da draußen?
Ihr schuffet noch immer in alter Fron,
Noch immer für den Bettelohn?
Und Euer Magen knurrt!
Doch hör ich nur immer die Peitsche sausen,
Und höre nicht, daß Ihr murr!
Die Repräsentanten der Republik, sie tragen die Peitsche am Gurt.
Sie schlugen schon immer Euch blutige Striemen,
Jetzt haben sie dran einen neuen Riemen —
Aus Dawes-Leder!
Jetzt fühlt sie ein jeder!
O Elend und Grauen,
Jetzt höre ich gar ein doppeltes Sausen —
Und höre doch nicht, daß Ihr murr!
Ein neuer Tag durch die „Blende“ bricht —
Wie lang' soll ich hier noch hausen?
Die Wand will durchbohren der sehnennde Blick —
O, gönnt meinem Ohr eine neue Musik!
Der Zuchthauspantoffel schlurrt —
O, hört ich bloß nicht mehr die Peitsche sausen!
Steh auf, Prolet, nicht nur gemurr!

A. Heude, a. Zl. im Gefängnis.

Bei dem Festzuge konnte man auch euren ganzen Borgenapparat spallier bilden sehen. Sure so viel gepriesene Sicherheitspolizei hatte die ehrenhafte Aufgabe, die Fahnenzüge der Schwarz-, Weiß-, und Roten Schneider und sonstigen Fahnen zu übernehmen.

Mein lieber Freund Paul, jetzt wirst Du wohl doch bald zu der Erkenntnis kommen, daß diese Sicherheitswehr der demokratischen Republik nur dazu da ist, um die hungernden Arbeiter mit blauen Böhnen zu füttern.

Aber lieber Freund Paul! Während war die Ansprache Guers SPD-Bürgermeisters von 1918, er konnte es nicht verneinen und den Bergarbeitern den wohlverdienten Lohn auszustellen, daß sie der Parole ihrer Führer so schön Folge geleistet haben. Ruhe und Besonnenheit wende gleich Kohldampf hoch. Euer lieber Bergmeister schloß die Ansprache an die schwarz-weiß-roten Handwerksmeister mit dem Treu-zeitlichen Bergmannsgruß Glück Auf! und dann machte der alte Gott dem Bergarbeiter verhöhnenden Rummel ein jähes Ende auf das Guer religiöser freigewerkschaftliche Arbeiterführer in der katholischen Kirche vor dem Beischluß gewiß nicht gewappnet war. Also mein lieber Freund Paul, ziehe Deine Konsequenzen und laß Dich in Zukunft nicht mehr in dem Waldenburger Quatschblatt hören, sondern debattiere mit mir in der „Schleichen-Arbeiterzeitung“, nur die vertritt Deine Interessen!

Dein Freund Gustav.

Abd. Mittw. Bergarbeiter-Versammlung. Am vergangen Sonntag tagte im „Eisernen Kreuz“ die fällige Monatsversammlung unserer Jahrsstelle. Kamera Dahn erstattete Bericht vom Verbandstage.

In seinen Ausführungen schilderte er das Bestreben des Hauptvorstandes, die geschlossene Opposition an die Wand zu drücken. Die Referate Jusmanns und sonstiger reform-mittlicher Referenten waren nur eine Kommunitätenze.

In der Aussprache bedauerte Kamera Derner, daß man die Regierungsbehörden, u. a. den Regierungsrat Tibur-tius zu dem Verbandstag zugelassen habe. Viele Instanzen seien durch ihre arbeiterfeindlichen Handlungsweisen genügend bekannt. Auch sei es aus schwerste zu vermeiden, daß der Hauptvorstand Abmachungen mit den Unternehmern getroffen habe, ohne die Verbandsinstanzen in Kenntnis zu setzen.

Kamera D. Becker betont, daß die Bezirksleitung immer noch mit den Arbeitern in Fühlung steht. Er könne hier genügend Beweise aus seiner Tätigkeit in Gottesberg anführen. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen sei nicht mehr herauszuholen.

Der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes braucht Material für Bekämpfung der Kommunitäten.

Das Anwachsen der oppositionellen Bewegung innerhalb des Bergarbeiterverbandes scheint dem Hauptvorstand ein Dorn im Auge zu sein. Auf der letzten General-Versammlung in Dresden gab er die Anweisung an die Bezirksleiter, alles Material, welches von den Kommunisten sowie der Union anlässlich der letzten Kämpfe herausgegeben wurde, zu sammeln und an den Hauptvorstand einzuliefern. Gesteu dieser Anweisung erläßt die Bezirksleitung des BVB von Waldenburg in der „Bergwacht“ einen Aufruf, darin sie auf-fordert, alle Rundschreiben, Flugblätter sowie Zeitschriften, die während der Bergarbeiterkämpfe verbreitet wurden, an die Bezirksleitung abzugeben. Der Hauptvorstand will dieses Material zusammenfassen und an die Ortsverwaltungen herausgeben. Wenn jedoch die Herren des Hauptvorstandes glauben, uns damit zu schädigen, so irt er sich gewaltig. Gerade dieses Material werden wir in den Jahrsstellen zur Dis- kussion stellen. Wir werden aber auch dabei bereuen, ob diese Schriftstücke echt sind, oder aus irgendeiner Epitel- zentrale stammen. Wir hegen weiterhin die Erwartung, daß die Unfolgen, welche aus der Zusammenstellung entstehen, von den Angestellten des Verbandes aufgebracht werden. Denn der Kampf der Opposition richtet sich gegen die arbeitsgemein- schaftliche Einstellung der Führer, und wenn sie um ihre Posten besorgt sind, so mögen sie auch die Kosten tragen und nicht die Beitragsgrößen der Mitglieder dazu verwenden.

Nachdem noch einige Anträge erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ein oppositioneller Bergarbeiter.

Wobau. Vaterländischer Gesangvereinsrummel. Die ganze hiesigbürgliche Beamtenstadt war vergangen Sonntag auf den Beinen um sich den Lantam anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Gesangvereins „Concordia“ anzusehen. Schwarz-weiß-rot war das Rathaus, der Sitz einer republikanischen Behörde, geflaggt. Die Bürgerhäuser ließen dem Rathaus nichts schuldig und machten es ebenso. Im Festzuge war bemerkenswert, daß die Wobauer SPD-Ortsbevollmächtigte neben dem katholischen Pfarrer einträchtig unter den Klängen nationalstiller Musik einhermar- schierten. Wo bleibt der Kampf gegen die Kirche, liebe „Berg- wacht“?

Zobten. Faschistenrummel. Wie überall in der Provinz machen jetzt die sich stark fühlende Bourgeoise nationale Feiern in Form von Jubiläumstagen von Gesang-, Feuerwehr- Schützengemeinden, Stahlhelm-Bannerweihen usw., wobei die Bevölkerung in den einzelnen Orten von den republikanischen, aber reaktionär gesinnten Behörden, gebeten wird die Häuser zu flagen.

Während in den meisten Orten die Bürgerlichkeit schwarz-weiß-rot herbeizog, suchten es die Lauben Jodisten, Bürger-

fertig. Schwarz-rot-gold zu flagen. Sie sind wenigstens ehrlich als das Reichsbanner Schwarz-rot-gold, denn sie haben diese Fahne genau so deuschnational als die alten Farben des Kaiserreiches. Herr Abbe wird sich später auch so wandeln wie die Zobtener Republikaner.

Ramslau. Faschistischer Rummel. Ich befand mich gestern mit meiner Frau am Oberbahnhof mit dem Vorzug nach Ramslau zu fahren. Gleich auf dem Perron des Bahnhofes bemerkte ich, daß die Stahlhelmbändiger Auffstellung nahmen. Da ich zuerst annahm, daß diese Jungs die Treibhüter Wegend unsicher machen wollten, so wurde ich jedoch schon enttäuscht, als ich in Ramslau ankam, daß ein Faschistenrummel größter Stil (angeblich Fahnenweihen) stattfinden. Die Stadt Ramslau prangte im Festschmuck. Es ist mir unerklärlich und ich möchte gern mal wissen, wo was für Geldern die auf- gebauten Ehrenportien, Gutlanden usw. bezahlt wurden, da doch in Ramslau genug noileidende Bevölkerung zu Hause ist. Meine proletarische Empfindung, die ich als Handwerksmeister schon seit dreißig Jahren habe, wurde durch diesen Anblick aufs tiefste verletzt. Ich möchte einmal den Magistrat von Ramslau anfragen, ob es statthaft ist, das Bahnhofsgebäude und andere Verwaltungsgebäude, sowie sämtliche Häuser der Stadt mit der Flagge schwarz-weiß-rot zu schmücken. Ist das in der schwarz-rot-goldenen Republik so Mode? Am Vor- mittag des gestrigen Rummels hat es sich Herr v. B. nicht nehmen lassen eine Festspreche zu halten. Ramslauser Arbeiter, die sich diesen Rummel nicht ansehen wollten, sind nach Bernstadt gefahren um sich Anpöbelungen zu ersparen.

Weißdorf. Militärvereinsrummel. Seit 1918 war es der hiesige Militärverein zum ersten Male wieder den Rummel aufzuführen, der in der Vorkriegszeit in der hiesigen Gegend Mode war. Sonnabend abends (son spielte die ganze Weißdorfer Kapelle, von einer großen Esar Kapelle begleitet, durch das 5 Kilometer lange Dorf, Sonntag morgen 5 Uhr wurde ich von einem Trompeter geweckt und als ich zum Fenster hinausschaute, sah ich einen Proleten, den das Kapital im Dezember aus dem Straßenpflaster warf, und das Elend preisgegeben war, durch das Dorf ziehen. Er hat es vergessen! Wir wollen es seiner Dummheit anrechnen. Sonntag mittags traten dann die treubühnischen Männer vom Militärverein an zum Festzuge. Nachdem man im Pringegen den gestifteten Braten vom sogenannten König verzehrt hatte und eine Anzahl nationale Phrasen mit heruntergeschluckt hatte, wobei sich auch der hiesige Ortspfarrer in seine mit dem Eisernen Kreuz geschmückte Helmschmuck warf und „Deutschland über alles“ heruntergeleiert war, begam der Aufzug nach dem Festplatz. Ein reichliches Duzend Reiter in Friedensuniform an der Spitze, hinterdrein eine Gruppe in Feldgrau mit dem Gemehren, der übrige Teil im Zivilkleid. Allgemeines Gelächter entstand unter dem Publikum als man den drei Käse haben Ziller, welcher während des Krieges vier Wochen bei der Artillerie eingezogen war, auf dem Pferde sah. Am Kriegsende mal wurde halt gemacht und mit präsentierendem Gewehr wobei ein Feld die Zigarette in der Schnauze hatte, der Ge- fallenen gedacht. Ein Teil der Zoten würde sich sicher mit Gel von einer solchen Ehrung abwenden. Auf dem Festplatz angekommen, ging der Parademarsch los, welcher allgemeines Gelächter auslöste. Jeder gab sich die größte Mühe damit das Affentheater auch klappen sollte. Am Abend sah man dann die bunten und schwarzen Bierleichen auf dem Plage herum- torkeln. Am zweiten Tage unternahm man einen regelrechten Sturmangriff auf das Geföß des Königs. Es waren Leute dabei, die niemals einen Schützengraben im Felde gesehen haben. Dann kam wieder der übliche Schmaus und derselbe Rummel. Der eins hatte sich geändert! Die Heidenchar hatte sich etwas ver- größert. Man sah Proleten im Zuge, denen der Führer zu den Augen herausah. Ob dieselben aus Patriotismus oder zur Kohldampf teilnahmen, war nicht festzustellen. Wir nehmten aber das letzte an, denn dort konnte man sich ja einmal lat- essen. Auch ein paar SPD-Leute, zwei an der Zahl, machten das Trio mit Prolet, begrüße was du lust. Du schlägt dich mit einer solchen Handlungsweise selbst ins Gesicht. Hinterher wirst du ausgelacht. Du schädigt dich und deine Klasse. Bald sie allein und ihr Stolz wird sich von selbst legen.

Aber!

Vollenhain. Der größte Lumb im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant! Als solcher Gelächter meldet sich der Stadterordnete Heinrich Böhm (SPD.) in der letzten Mitgliederversammlung des Zeitungs- heiterverbandes zum Wort, als der Vorsitzende diejenigen mit Hampelmännern bezeichnet, welche wegen einer Person, die anderer politischer Einstellung ist, aus dem Verbande geh- B. gibt leßt zu, daß er sich an den verfolgten Otto gewandt hätte (siehe Hölzschindel von Otto Fritsch), mit der Bitte, eine andere Zehlsstelle zu gründen, denn der Geschäftsführer Wilhelm Scholz aus Landesgut ist Kommunist und wird immer politisch in den Versammlungen. Heinrich der Volksvertreter konnte aber den Mut unsern Kollegen Scholz gegenüber selbst aufzutreiben, nicht aufbringen, des- halb macht er es jetzt so ganz sozialdemokratisch. Heinrich sagte weiter, Kollege Scholz müße, wenn er Vorstand hätte, schon vor zwei Jahren sein Amt niederlegen. Heinrich sei doch nicht so albern. Scholz hat doch extra so lange gewartet, da er glaubte, Du wirst einmal die Sache durch den verfolgten Otto übertragen bekommen. Denn Du wolltest doch Zahl- stellerleiter werden, jetzt mußst Du aber einsehen, daß Du noch zu dumm bist, Heinrich, weil Du Dich eben wieder so als Kommunitätenreißer gezeigt hast, wollen wir Dich einmal an etwas erinnern. Du hast doch unser Stadterordnetentraktat die letzte Arbeitsgemeinschaft angeboten, worauf wir selbstverständlich nicht eingingen, denn wenn Du dich überall so blamiert wie in dieser Versammlung, dann blamiert Du letzten Endes die ganze Arbeiterschaft. Heinrich jetzt für mich, was wir Dir als Kommunitäten sagen: Uns stört es nicht, wenn einer von der gegnerischen Seite Geschäftsführer ist. Was uns nicht gefällt, wissen wir dann auch zu beanstanden. Aber eine Bitte noch Stadterordneten Heinrich, komm jetzt in jede Versammlung und zeige Deine Heidentaten und Deine verrückten Einfälle. Blamiere dich aber nicht wieder so, denn wenn dann die Vollenhainer Arbeiter sagen, Du bist dummer als Du ausiehst, wirst Du sagen, die Kommunisten sind schuld, daß Du so duffelig bist.

Gewissen von Vollenhain! Ihr seid vollkommen auf dem Holzwege, wenn ihr glaubt, eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD. abzulehnen zu müssen, nur weil deren Führer ein humaner Mensch ist. Mit der SPD, welche die Arbeiter seit 10 Jahren verraten hat, die von Klassenkampf nichts mehr wissen will, gehen wir grundsätzlich in keine Arbeitsgemeinschaft ein.

Genau ist es grundsätzlich von Euch, zu sagen, ein revo- lutionärer Gewerkschaftsführer ist euch lieber, weil ihr dem schon sagen werdet, was ihr wollt. Ein Kommunist, der von seinem Posten in einer Gewerkschaft, die noch nicht in unseren Händen ist, freiwillig weggeht, macht sich der Fahnenflucht vor dem Feinde schuldig. Es kommt darauf an, die Ge- werkschaften wieder zu Klassenkampforganisationen zu machen, und dazu ist jeder Genosse, ob er einfacher Funktionär oder Gewerkschaftsführer ist, notwendig.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Reichelt. Breslau. Inzerate Artur Müller, Breslau. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. V. m. H. N. Breslau, Zrednauer Straße 52.

